

Arbeiter-Zeitung

Montag, 17. November 1930
12. Jahrgang, Nummer 269

erschienen täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Verkaufspreis: Einzelheft 48 Pf., 12 Hf. Botenlohn = 60 Pf., monatlich 1,10 RM., 6 Hf. Botenlohn = 1,20 RM., Einzelnummer 10 Pf. Durch den Postbezogen monatlich 2,00 RM., unter Streifenhand 3 RM. Der eigentliche Preis: Die gehaltvollste Willkommensbeilage oder deren Ausmaß 12 Hf., Vereins- und Versammlungsangelegenheiten 6 Hf., Kellnerpreis: Die gehaltvollste Willkommensbeilage oder deren Ausmaß im Wert 10 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Hauptredaktion um 10 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis frühestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der RPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 20, Kreuzberger Straße 50, Tel. 540 89.
Verlagsredaktion: Breslau 44, Redaktionsgebäude, Kreuzberger Straße 50, Tel. 239 02. Druckerei der Redaktion von 12-13, Montag bis Freitag von 17 bis 18 Uhr. Filialredaktionen: Gubenburg, Kronprinzstraße 260, Eingang Wasserstr., Tel. 2070; Opatowitz, Kopalitzstraße 11, Tel. 1384; Grotz, Rumbach, Tel. 2384. Geschäftszeit: 8-19 Uhr. Geschäftsstand: Hauptverlagsort Breslau. Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Neubau“, Filiale Breslau, Kreuzberger Straße 50.

Unternehmerangriff auf Bergarbeiterlöhne in DG.

Zuerst werden die Ubertage-Arbeiterlöhne abgebaut — Gewerkschaftsbürokratie einverstanden Bergarbeiter, macht die Betriebe streitbereit!

Die bürgerliche Presse meldet: Gubenburg. Der Arbeitgeberverband der Oberschlesischen Montanindustrie hat Manteltarif und Mehrarbeitsabkommen für den ober-schlesischen Steinkohlen- und Erzbergbau zum 31. Dezember d. J. gekündigt. Die Herabsetzung der Arbeitszeit für einzelne Arbeiterkategorien in Verbindung mit der durch Schiedspruch im Manteltarif und Mehrarbeitsabkommen festgelegten Bestimmung, daß bis-jerige günstigeren Lohnverhältnisse nicht geändert werden dürfen, hätte für die Arbeiter über Tage verschiedene Unstimmigkeiten er-gelben. Trotz gleicher Arbeitszeit und gleicher Arbeitsleistung ist teil-weise der tarifliche Lohnanspruch verschieden hoch. Obgleich die Ord-nung dieser Angelegenheit von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite grundsätzlich als notwendig anerkannt worden war, stellte sich bei den Lohnverhandlungen im Oktober der schiefer auf den Standpunkt, daß eine Regelung nur bei gegenseitigem Manteltarif und Mehr-arbeitsabkommen möglich sei. Der Arbeitgeberverband sah sich des-halb in die Zwangslage versetzt, die Kündigung dieser Abkommen zum Jahresabschluss auszusprechen.

Kundensicht eingeleitet. Die beste Unterklügung der Ruhrbergarbeiter durch die ober-schlesischen und nieder-schlesischen Rameraden ist die sofortige Einleitung ihres eigenen Kampfes um Ver-längerung der Arbeitszeit bei vollem Lohnaus-gleich, gegen Lohnabbau, für Lohnerrhöhung.

11,7 Prozent Lohnabbau für die Straßenbahner in Rheinland-Westfalen gefordert

Der Verband der rheinisch-westfälischen Straßenbahnen hat in der Absicht, die Löhne auf den Stand von 1927, also um 11,7 Prozent, zu senken, das Lohnabkommen zum 30. November gekündigt und den Schlichter angerufen. Die vorhergehende Fühlungsmaßnahme mit den Ge-werkschaften hatte zu keiner Verständigung geführt.
Das Lohnabkommen war seit Mai 1929 in Kraft. Von der Kündigung werden etwa 14 500 Straßenbahner im Gebiet von Duis-burg bis Hamm betroffen. Schon seit längerer Zeit wird bei fast allen Bahnen dieses Gebietes verkürzt oder mit Festschichten ge-arbeitet. Dadurch hatten die Straßenbahner bereits einen erheblichen Lohnausfall. Sie können sich daher den vom Arbeitgeberverband ge-forderten Lohnabbau unangenehm gefallen lassen.

Lohnraubschiedspruch für Glasarbeiter verbindlich erklärt

Der Reichsarbeitsminister hat den Ende Oktober gefällten Schiedspruch für die Weiskohlglassindustrie, der eine Lohnkürzung um 3 Prozent für die Altkord-, Nicht- und Zeitlöhne vorsieht, für verbindlich erklärt. Zunächst erfolgte die Verbindlichkeitsklärung für die Gruppen 1, 2 und 4; für die Gruppe 3 wird sie noch in dieser Woche ausgesprochen werden. Die Verbindlichkeit hat Wirkung vom 1. November ab.

Die Kündigung des Manteltarifs für die ober-schlesischen Berg-arbeiter wird von Arbeitgeberseite mit einigen „Unstimmigkeiten“, die sich aus dem Tarifverträge ergeben haben sollen, begründet. Die näheren Angaben über diese angeblichen Unstimmigkeiten werden ab-sichtlich nicht gemacht, und zwar deshalb, damit die ober-schlesische Bergarbeiterkategorie zu ihnen nicht sofort Stellung nehmen kann. Die „günstigeren“ Lohnverhältnisse der Ubertagearbeiter sollen ausge-glichen, d. h. eine Verschlechterung soll vorerst für diese damit ein-zutreten. Dieser geplante Anschlag auf die schlechten Lohn- und Arbeits-bedingungen der ober-schlesischen Bergarbeiter kann nur durch den härtesten Kampf abgewehrt werden. Die Forderung der Arbeiter-kategorie ist nicht Verschlechterung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern ihre Verbesserung. Aus der obigen Mitteilung ist ersichtlich, daß die Gewerkschaftsführer mit der Ausgleichung dieser „Unstimmig-keiten“ einverstanden sind. Die Arbeiterkategorie darf keineswegs das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Gewerkschafts-bürokratie abwarten, sondern muß sofort Betriebsversammlungen abhalten und Kampfmaßnahmen beschließen, die geeignet sind, den Anschlag abzuwehren.
Keine Schachanlage ohne Kampfausbruch!

Keine Winterbeihilfe in Breslau

Die städtische Pressestelle gibt bekannt: Der Magistrat ist in seiner Sitzung am 14. d. M. dem Ersuchen der Stadtverordnetenversammlung, eine Million Mark für eine Winterbeihilfe für die vom Wohlfahrtsamt unterstützten Personen zur Verfügung zu stellen und zur Deckung dieser Ausgaben die Gewerbesteuer vom Ertrage um 55 Prozent zu erhöhen, nicht beigegeben. Dagegen hat der Magistrat beschlossen, das Wohlfahrtsamt anzuhalten, im Rahmen der durch den Haushaltsplan 1930 zur Verfügung gestellten Mittel in Fällen besonderer Bedürftigkeit die Fürsorge für die Schüllinge des Wohlfahrtsamtes den Verhältnissen der Wintermonate durch Ge-währung von Kohlen und Lebensmittelmarken weitgehendst anzu-passen.
Ferner hat der Magistrat zur Durchführung seines Beschlusses vom 11. November eine Getränkesteuerordnung beschlossen, die einen Steuerfuß von 10 Prozent des Kleinhandelspreises vorsieht.
Der Beschluß des Magistrats ist eindeutig: Es wird keine Winterbeihilfe geben, denn in dem Etat 1930, auf den der

Magistrat hinweist, sind keine Mittel mehr vorhanden. — Erwerbs-lose, nun gilt es, den Kampf für die Winterbeihilfe zu verschärfen. Erscheint heute Mann für Mann in den Versammlungen!

Gastwirtstestrel am 24. November in Breslau

Die Arbeitsgemeinschaft gastwirtschaftlicher Betriebe im Stadt- und Landkreis Breslau e. V. hat in ihrer Sitzung am Freitagnach-mittag folgenden Beschluß gefaßt: „Am 24. November werden zum Protest gegen die beabsichtigte Einführung der Gemeindegastwirt-schaftsteuer sowie Erhöhung der Biersteuer in Breslau sämtliche gastro-nomischen Betriebe, Restaurants, Schankbetriebe, Cafés, Hotels, Saal-betriebe den ganzen Tag über geschlossen. Am gleichen Tage findet im großen Schießwerberaal eine große Protestversammlung um 15 Uhr statt, zu der alle Interessierten eingeladen werden.“

RPD. organisiert Arbeitszeit- kampf im Ruhrgebiet Reformisten appellieren an Stegerwald

Essen, 16. November. Der „Montag-Morgen“ meldet: Der frei-gewerkschaftliche Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands hat am Sonntag in einer Konferenz der Bezirksvertreter den Arbeits-zeitstreik im Ruhrbergbau vom 12. November abgelehnt. Er richtete an den Reichsarbeitsminister den dringenden Appell, den Schiedspruch nicht für verbindlich zu erklären.
Nachdem nunmehr die Gewerkschaften den Schiedspruch abgelehnt, der Forderungsbund dagegen ihn angenommen und seine Verbindlich-keitsklärung beantragt hat, liegt die Entscheidung beim Reichs-arbeitsminister. Nachverhandlungen über die Frage der Verbindlich-keitsklärung finden voraussichtlich in der letzten Novemberwoche in Berlin statt.
Die Entscheidung, ob der Schiedspruch Wirklichkeit wird oder nicht, liegt nicht beim Reichsarbeitsminister, sondern bei der Ruhrberg-arbeiterkategorie selbst. Es besteht kein Zweifel darüber, daß Steger-wald diesen Schiedspruch, der die Arbeiter zwingt, ein weiteres Jahr täglich acht Stunden zu schuften, für verbindlich erklären wird. Die RPD. im Ruhrgebiet hat bereits die Mobilisierung der Arbeiter zum Kampf gegen diesen Schiedspruch für die sechs- bzw. sieben-

Kampfvorbereitungen der Metallarbeiter im ganzen Reich

Wie die RPD. vorausagte, ist der durch den Verrat der sozial-fajshistischen Führer des Metallarbeiterverbandes möglich gewesene Lohnraub an den Berliner Metallarbeitern der Ausgangspunkt und die Grundlage für die Vorstöße der Metallindustriellen im ganzen Reich zu einem planmäßigen Lohnabbau.
In Bielefeld stehen über 10 000 Metallarbeiter im Kampf gegen einen Lohnabbau von 10 Prozent. In Köln-Deutz, in der Waggon-fabrik, wird eine Afordkürzung von 15 Pfennig pro Stunde durch-gesührt, gegen die die Arbeiter geschlossen im Kampf stehen. Im Peiner Walzwerk und in der Hübner Eisenhütte ist durch Schieds-pruch der Lohn um 8 Prozent gekürzt worden.
In Sachsen wird ein groß angelegter Lohnraub auf der Grund-lage eines Schiedspruches vorbereitet. In Pommern, Brandenburg, Schlesien, Niederlausitz und in Thüringen sind die Tarife abgelassen, hier, wie in Süddeutschland und an der Wasserfront ist der Angriff der Unternehmer eingeleitet oder steht in Vorbereitung. Am Nieder-rhein und in Westfalen stehen 135 000 Metallarbeiter in der Vor-bereitung des Abwehrkampfes gegen die Unternehmerrückwärts, kurz, die Unternehmerrückwärts hat sich zum Generalangriff gegen die Metallarbeiter entwicelt.

Die RPD. Niederrhein hat auf den 19. November eine Bezirkskonferenz der Metallarbeiter einberufen, zu der die Delegierten auf bereits stattgefundenen Unterbezirks- und Industriegebietkonferenzen gewählt wurden, und in der die not-wendigen Kampfmaßnahmen besprochen und einheitlich festgelegt werden sollen.
Die erfolgreiche Mobilisierung und Organisierung der Metall-arbeiter zum Abwehrkampf, die Festlegung einer klaren, taktischen und strategischen Kampflinie erfordert

die beschleunigte Einberufung und Organisierung solcher Kampfkonferenzen auch in Schlesien und Oberschlesien.
Es ist deshalb notwendig, daß in jedem Ort, in jedem Betrieb so-wohl die Arbeiter als auch die Unternehmer, in Verbindung mit der Auswertung des Kampfes der Berliner Metallarbeiter Stellung genommen wird. Es gilt, in jedem Betriebe eine Reihe konkreter Betriebsforderungen aufzustellen und in Betriebs- und Branchenversammlungen auf der Grundlage der beschlossenen Kampf-forderungen vorbereitende Kampfmaßnahmen und Delegierte zu den von der RPD. einberufenen Kampfkonferenzen zu wählen.
Nur wenn Tag für Tag und Stunde für Stunde die Kollegen in den Betrieben auf die Bedeutung und Ausrichtung der Unter-nehmerrückwärts hingewiesen und zur Gegenoffensive mobilisiert werden, wenn auf allen Stempelstellen die Notwendigkeit der Ver-bindung des Kampfes der Gewerkschaften mit den Betriebsarbeitern diskutiert, erkannt und entsprechende Maßnahmen gefaßt werden, wird es möglich sein, die Sabotage des reformistischen „Bürokraten unweit-jam zu machen und die Metallarbeiter zum Kampf zu formieren, die Betriebe kreisförmig zu machen und unter den Löhnen- und der Führung der RPD. den Kampf aufzunehmen.
Gegen jeden Pfennig Lohnabbau!
Für Erhöhung der Löhne!
Für die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Kommunistischer Wahlsieg in Danzig

Danzig, 16. November. Die Zählung der bei den Wahlen zum Volksrat abgegebenen Stimmen war bis 22 Uhr bereits so weit fort-geschritten, daß um diese Zeit ein vorläufiges Gesamtergebnis vor-lag, das allerdings, wenn auch nicht im großen Umfange, noch einige Veränderungen erfahren kann.
Danach erhielten die Sozialdemokraten 1 000 000 (1927 1 178), Nationalsozialisten 31 000 (2130), Deutschnationalen 25 000 (35 828), Zentrum 28 000 (28 098); zu den Zentrumstimmen sind

noch 1600 Stimmen der Christlichen Volkspartei zu zählen, so daß das Zentrum einen Gewinn von 3900 Stimmen zu verzeichnen hat.
Die Kommunisten erhielten 20 000 Stimmen (11 700), die Deutsch-Danziger Wirtschaftspartei 6800 (8010), die von den Deutschnationalen abgesplitterte Deutsche Volksgemeinschaft 6500 Stimmen, die Nationalliberalen 5000 Stimmen (8331), die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft (Beamtenpartei) 4800 (4227), die Deutschen Liberalen 4000 (6204).

Billiges Fleisch für die Armen statt Panzertrenzer

Mitten in die Preislenkungsaktion des Regierungsausschusses, mit dem Zollwucherer Schiele an der Spitze, plagte die Annahme des kommunistischen Antrages in der Freitagssitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages, wonach die Regierung zur Verbilligung von Fleisch zu Gunsten der Arbeitslosen, Sozial- und Kleinrentner 640 Millionen Mark zur Verfügung stellen soll.

Die Vertreter der kommunistischen Reichstagsfraktion brachten diesen Antrag ein, nachdem ihr Antrag auf zollfreie Einfuhr von 120 000 Tonnen billigen Gefrierfleisches von einer Mehrheit, einschließlich der Nazis und der Sozialdemokratie, abgelehnt und das Einfuhrverbot für Gefrierfleisch beschlossen worden war. Die Annahme dieser massenfeindlichen Regierungsvorlage zugunsten der agrarischen Fleischproduzenten bedeutet, daß die Opfer des kapitalistischen Systems den Hungerleiden noch enger schmalen müßten, wenn sie nicht, wie es recht und billig ist, die Möglichkeit erhalten, verbilligtes Fleisch an Stelle des vom Markt verbannten Gefrierfleisches zu kaufen. Nichts anderes bezweckte der kommunistische Antrag.

Wenn die Hungerregierung seine angebliche Nichtdurchführbarkeit damit begründet, daß er in der Praxis dem Staat 640 Millionen Mark kostet, so gibt sie damit gleichzeitig zu, daß sie um dieselbe Summe die Lebenshaltungskosten der minderbemittelten Schichten des Volkes verteuern will, da ja diese Summe nur die Differenz zwischen dem Preis des Gefrierfleisches und dem Preis des frischen Fleisches darstellt, die etwa 50 Pfennig pro Pfund beträgt.

Hier kommt aber auch der zynische Ausbeutercharakter der Brüning-Regierung in direkter klassischer Weise zum Ausdruck. Den wertvollen Massen wird das verbilligte Gefrierfleisch geraubt, damit die Großagrarier von dieser Preisregelungen Konkurrenz für das frische Fleisch befreit werden und ihre hohen Preise aufrechterhalten können. Was kümmert es die Brüning und Schiele, daß dadurch die chronische Unterernährung der wertvollen Massen Deutschlands noch verschärft wird? Die Hauptsache ist, daß die Freunde Schieles in Ostpreußen und den anderen Teilen Deutschlands an der Not des Volkes noch ihr profitables Geschäft machen können.

Nicht zuletzt charakterisiert diese Politik der Regierung und der Reichstagsmehrheit die sogenannte Preislenkungsaktion. Durch die Beseitigung des Gefrierfleisches fällt nicht nur diese billige Fleischmahlzeit weg, die Preise für alle anderen Fleischsorten werden dadurch in ihrer heutigen Höhe stabilisiert. Die erste wirkliche Preislenkung von ausschlaggebender Bedeutung wäre die Durchführung des mit Mehrheit angenommenen kommunistischen Antrages. Nur die Kommunistische Partei ist heute, für jeden sichtbar, die Führerin einer wirklichen Preislenkungsaktion. Indem die Regierung sich weigert, diesen Antrag durchzuführen, entlarvt sie sich endgültig als Saboteur der Preislenkung.

Man verhängt sich hinter der Ausrede, daß kein Geld da ist. Die 640 Millionen Mark sind eine Kleinigkeit, wenn man die Streichungsanträge der Kommunisten beim Reichsministerium und bei den Millionen Subventionen an Großagrarier, Industrie und Luftschifffahrt akzeptiert. Solange für Panzertrenzer Geld da ist, kann man niemanden einreden, daß es ausgerechnet hier fehlt, wo es am Wichtigsten geht, als um die Aufrüstung des deutschen Imperialismus.

In den Wandelhallen des Reichstages erzählte man sich bereits am Freitag, daß die Sozialdemokratie nur irrtümlich dem kommunistischen Antrag im Ausschuss zugestimmt habe, da sie sich im Augenblick nicht darüber klar gewesen wäre, um was es sich dabei handelte. Die Sonnabend-Ausgabe des „Vorwärts“ bestätigt das in einer mehr als interessanten Weise. Unter der Überschrift „Papier (!) statt Fleisch!“ drückt er in einer kleinen Notiz den kommunistischen Antrag ab, mit der Bemerkung, daß er angenommen worden wäre, seltsamer Weise jedoch unter Verzicht auf jegliche Erwähnung der Tatsache, daß auch die sozialdemokratischen Vertreter dafür gestimmt haben.

Warum so kleinlaut? Schämt sich der „Vorwärts“, weil die SPD. durch ihre Zustimmung zu diesem kommunistischen Antrag einmal etwas zugunsten der Arbeiterklasse mitbeschlossen hat? Angeblich steht die SPD. in Opposition zu Brüning-Schiele? Da müßte es für den „Vorwärts“ doch ein gesundes Gefühl sein, das „heldenhafte Verhalten“ seiner Genossen im Reichstagsauschuss in gebührender bengalischer Beleuchtung der auf diesem Gebiet nicht verwöhnten Mittel mitzuteilen. Nichts davon. Sehr verständlich, denn die „Arbeiterzeitung“ der SPD. war nur ein Irrtum. Aber ein Irrtum, der ihr teuer zu stehen kommen soll. Spätestens bei der Beratung im Plenum wird die Sozialdemokratie Farbe bekennen müssen. Bei ihr liegt es, ob auch dort die parlamentarische Mehrheit erreicht wird, oder ob dieser Beschluß Papier bleibt und sie wie am 18. Oktober auch in dieser lebenswichtigen Frage des Proletariats Brüning rettet.

Mit größter Aufmerksamkeit werden die Arbeiter aller Parteirichtungen das weitere Schicksal des kommunistischen Antrages im Reichstag verfolgen. Sie eint die Gegenüberstellung „Panzertrenzer“ oder „Kinderpeinigung“ das Volk auf tiefste anwühlte, so wird diesmal die Gegenüberstellung „Panzertrenzer“ oder billiges Fleisch für die Armen zu einem Objekt der politischen Demonstration des volksfeindlichen Charakters des Reichstages, seiner Parteien und der Regierung erster Ordnung werden. Denn hier geht es nicht um akademische Fragen der Demokratie oder der Verfassung, hier geht es um den Ernährungsstand und die Gesundheit der proletarischen Familien. Die wertvollen Hausfrauen, eine Millionenarmee, müssen hier in Aktion treten, da die Regierung erklärt, diesen Mehrheitsbeschluß nicht durchführen zu wollen. Es geht um euch, Familien, eure Kinder. Unberührbar muß schon jetzt eine breite Volksbewegung gegen die geplante Sabotage und den beabsichtigten Verrat der Sozialdemokratie einestellen werden.

Am 3. Dezember tritt der Reichstag wieder zusammen. Dann wird schon in kürzester Frist im Reichstagsplenum der kommunistische Antrag erneut und zur endgültigen Abstimmung stehen. Bis dahin muß der außerparlamentarische Druck der Volksmassen so groß sein, daß die Parteien, die nur zufällig oder aus anderen Motiven im Ausschuss dem kommunistischen Antrag zugestimmt, nicht wagen, die Reinkarte abzugeben. Aber auch dann wenn sozialdemokratische Vertreter diese wirksame Preis-

SAJ.-Arbeiter rebellieren

Die Königsberger SAJ. von der SPD. aufgelöst — Massenübertritte sozialdemokratischer Jugendlicher zum KJVD. — Bezirksvorstand der SAJ. verlangt gemeinsame Kundgebung mit den Faschisten

Königsberg, 15. November. (Eigener Bericht). Der Königsberger SPD.-Vorstand hat die Sozialistische Arbeiter-Jugend, Gruppe Königsberg, aufgelöst und drei Distriktsleiter der SAJ. ausgeschlossen. Viele SAJ.-ler sind aus den sozialdemokratischen Organisationen ausgetreten und zum kommunistischen Jugendverband übergetreten.

Die Auflösung der Königsberger SAJ. durch die sozialdemokratischen Instanzen ist die unmittelbare Folge der Rebellion der SAJ.-Mitglieder gegen die faschistische Politik der SPD. Die Reichsleitung der SAJ. hatte angeordnet, daß die Königsberger SAJ. geschlossen an einer Ostdeutschen Kundgebung des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände teilzunehmen habe. In der Mitgliederversammlung der SAJ. erklärten die drei Distriktsleiter Wisse, Petruschka und Dawil, daß sie es ablehnten, mit der Hitler-Jugend, den Artamanen und anderen faschistischen Organisationen zusammenzugehen. Die sozialdemokratischen Bonzen ordneten darauf über die Köpfe des Bezirksvorstandes die Teilnahme der SAJ. an der faschistischen Demonstration an. 70 oppositionelle SAJ.-ler führten daraufhin mit 120 Jungkommunisten eine Gegenkundgebung gegen die Ostdeutsche Kundgebung der Faschisten und Sozialfaschisten durch.

Auf Grund dieser Vorfälle wurden die drei Distriktsleiter ausgeschlossen und die Königsberger SAJ. aufgelöst. Am 11. November fand dann eine Mitgliederversammlung der letzten Überreste der SAJ. statt. Die Zahl der SPD.-Treuen ist aber so klein, daß an Stelle der bisherigen fünf Jugendgruppen nur eine einzige schwache neue Gruppe eröffnet werden konnte.

So wie jetzt die Königsberger, wurde auch kürzlich die Dresdener Ortsgruppe der SAJ. aufgelöst und gleiche Auflösungsmaßnahmen wurden von den sozialdemokratischen Vorständen in einigen Berliner Gruppen durchgeführt. Diese Vorgänge sind symptomatisch für die gewalttätige Gärung unter den sozialdemokratischen Arbeitern. Erinnern wir uns daran, daß mit den gleichen Auflösungsmaßnahmen die sozialdemokratischen Parteivorstände während des Krieges gegen die Arbeiterjugend vorgingen, weil die Jungproletarier dem Rufe Karl Liebknechts: „Krieg dem imperialistischen Krieg!“ Folge leisteten. Diese Rebellion der Jungarbeiter gegen die Kriegshege- und Burgfriedenspolitik des sozialdemokratischen Parteivorstandes war ein entscheidender Teil der Revolutionierung des deutschen Proletariats, aus der die kommunistische Partei Deutschlands geboren wurde.

Die jetzigen Vorgänge in der SAJ. sind von nicht minder entscheidender Bedeutung. Sie sind die Anfänge der Zerschlagung der Sozialdemokratischen Partei, des Haupthindernisses des Sieges der proletarischen Revolution. Sorgen wir dafür, daß die Flamme der Rebellion, die bei den sozialdemokratischen Jungarbeitern aufflammert, zu einem Feuermeer wird, in dem die Sozialdemokratische Partei verbrennt, in dem die sozialdemokratischen Arbeiter umgeschmolzen werden zu proletarischen Revolutionären, die in der eisernen Kohorte der deutschen Arbeiterklasse, in der kommunistischen Partei, im kommunistischen Jugendverband als Soldaten der proletarischen Revolution marschieren und das Heer der Unterdrückten und Ausgebeuteten mit zum Siege führen.

Die „Sozialistische Republik“ verboten

wegen Veröffentlichung der amtlichen Begründung des Verbots der „Roten Fahne“

Köln, 15. November. (Eigener Drahtbericht). Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat ab heute die „Sozialistische Republik“ bis einschließlich 24. November verboten. In der Begründung heißt es:

„Die in Köln erscheinende Tageszeitung „Sozialistische Republik“, Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Mittelrhein, enthält in der Nr. 258 vom 10. November einen Artikel „Die Rote Fahne verboten“, in dem mitgeteilt wird, daß der neuernannte Polizeipräsident von Berlin, Grzesinski, am Tage der Verkündung des Lohnraubspruchs, d. h. am 9. November, die Berliner „Rote Fahne“ verboten hat. Im Anschluß an diesen allgemein gehaltenen Artikel heißt es weiter:

„Grzesinski sandte dem Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands nachfolgendes Schreiben“ und dann wird die Verbotsbegründung des Polizeipräsidenten im Wortlaut wiedergegeben, und zwar sowohl der Verbotstext als auch die dazu gegebene Begründung.“

Dieser Artikel der „Sozialistischen Republik“ verstößt gegen § 5, Ziffer 4, des Gesetzes zum Schutze der Republik. Danach macht sich strafbar, wer öffentlich zu Gewalttätigkeiten gegen andere wegen ihrer politischen Betätigung auffordert oder eine solche Gewalttätigkeit, nachdem sie begangen ist, verherrlicht oder ausdrücklich billigt. Unterschrift: Guse.“

Guse ist der sozialdemokratische Vizepräsident der Rheinprovinz.

Dieses Verbot und seine Begründung stellt eine Gipfelleistung sozialfaschistischer Terror gegen die kommunistische Presse dar. Daß selbst die Veröffentlichung der amtlichen Begründung eines Zeitungsverbots mit einem neuen Zeitungsverbot bestraft wird, ist selbst im terroristisch regierten Severing-Preußen einzigartig. Noch offensichtlicher faschistisch wird dieses Verbot dadurch, daß als besonders strafbar bezeichnet wird, daß in der Wiedergabe der Verbotgründe das Zitat aus der „Roten Fahne“ durch Einrücken hervorgehoben wird. Wir stellen dazu fest, daß diese Hervorhebung des Zitats der „Roten Fahne“ durch den Sozialdemokraten Grzesinski in seiner amtlichen Begründung zum Verbot vorgenommen wurde.

Dieses willkürliche Verbot der „Sozialistischen Republik“ zeigt den Kurs Severings auf völlige Unterdrückung der kommunistischen Presse, wie Brüning durch den Artikel in der „Germania“ ihm befohlen hat. So arbeitet Severing an der ihm von der halbfaschistischen Brüning-Regierung gestellten Aufgabe, Deutschland zu faschisieren.

Um so energischer ist die Forderung des Gesamtproletariats: Fort mit der Regierung Braun-Severing! Auflösung des Landtags, des parlamentarischen Werkzeugs zur Errichtung der faschistischen Diktatur! Fort mit der halbfaschistischen Brüning-Regierung!

Polizeitrawall in Torgau

Demonstrierende Arbeiter jagen Polizei-provokateure zurück — Zwei Polizisten verletzt

Torgau, 14. November. Gestern tagte der Kreistag unter einem riesigen Polizeiangebot. Die Kommunisten forderten die sofortige Zulassung des kommunistischen Abgeordneten Zickert, der vom Regierungspräsidenten wegen der Unterstützung des Steuerstreiks an der Ausübung seines Amtes gehindert wird. Auf dem Paradeplatz fand in dessen eine wichtige Demonstration der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter statt. Ohne jeden Anlaß jagte die Polizei plötzlich den Summknäuel und versuchte die Demonstration auseinanderzuprügeln. Die Arbeiter setzten sich aber gegenüber den Polizeibrutalitäten zur Wehr und der Oberlandjägermeister Mehlisch und der Torgauer Polizeimeister Bartel, die sich besonders schneidig gegenüber den unbewaffneten Arbeitern benahmen, bekamen von den empörten Demonstranten eine gehörige Tracht Prügel. Beide erlitten erhebliche Verletzungen. Unter „Rot Front!“-Rufen beendigte die Torgauer Arbeiterschaft ihre Demonstration.

SPD.-Führer tuhhandeln über Notverordnungen

Berlin, 15. November. (Eig. Bericht)

Mit dem Näherücken des Termins des Wiederzusammentrittes des Reichstages am 3. Dezember wird die Frage akut, was mit den Brüning'schen Notverordnungen geschieht. Bekanntlich hat am 18. Oktober die SPD. die Ablehnungsanträge

lenkungsaktion der Kommunisten parlamentarisch zu Fall bringen, muß die außerparlamentarische Kraft der Männer und Frauen des wertvollen Volkes die Durchführung des billigen Fleischbeschusses erzwingen.

In tausenden Versammlungen, die sofort zustande kommen müssen, steigert unter der Parole „Billiges Fleisch statt Panzertrenzer“ euren Massenprotest zum Massensturm gegen die volksfeindliche Hungerregierung Brüning-Schiele!

der Kommunisten durch die Zustimmung zur Ueberweisung an den Ausschuss zu Fall gebracht. Besonders die SPD.-Arbeiter leben gespannt auf die weitere Entwicklung dieser Frage. Wir können ihnen schon heute sagen, daß ihre Parteiführer auch hier wieder alle Verprechungen des Wahlkampfes verraten werden.

Wie die „Kölnische Zeitung“ berichtet, begannen bereits am Mittwoch dieser Woche mit Wissen Brüning's unverbildete Vorbereitungen zwischen Vertretern der SPD. und des Zentrums, um sich über eventuelle Änderungsanträge zur Notverordnung schlüssig zu werden. Die Regierung ist angeblich zu einigen nichtsjagenden Verhandlungen bereit. Die „Kölnische Zeitung“ glaubt, daß die Aussichten zu einer Verständigung mit der SPD. „nicht gering“ sind.

Der Ruhhandel hat also bereits begonnen. SPD.-Arbeiter, macht Sturm in eurer Partei. Verbindet euch mit euren kommunistischen Kollegen und kämpft mit ihnen gemeinsam gegen die Brüning-Diktatur und ihre sozialfaschistischen Lakaien.

Erstschießen!

Die Forderung der Moskauer Ingenieure gegen die Saboteure der Konterrevolutionären „Industriepartei“

Moskau, 15. November. Die Moskauer Ingenieure und Techniker veranstalten Versammlungen, die der Anklage gegen die „Industriepartei“ gewidmet sind. Auf diesen Versammlungen wird in einmütig angenommenen Beschlüssen gefordert, die Spione und konterrevolutionären Schädlinge zu erschließen.

Die Folgerungen der Ingenieure decken sich vollkommen mit denen der Arbeiterklasse. Die Stimme der besten Sowjetingenieure klingt ebenso empört, wie die Stimme aller Werktätigen der Sowjetunion.

Das Motorschiff „Abgajien“ mit 300 Stoßbrigaden-Arbeitern der Sowjetunion ist ausgelassen. Die Fahrgäste sind prämierte Arbeiter aus den Betrieben, die ihre Reise als Prämie für ihre Arbeit erhalten. Die Reise geht von Leningrad nach Odessa; angelaufen werden Hamburg, Neapel und Konstantinopel.

Der Leiter der bulgarischen Arbeiterpartei Petko Rapelow wurde nach Pressemeldungen verhaftet, als er in Begleitung eines Arbeiters die Grenze überschreiten wollte, um sich zur Revolutionäre nach Moskau zu begeben.

In die Klassenbewussten Arbeitersportler

An die revolutionäre Arbeiterschaft aller Länder!

Noch wenige Monate, und mit dem Jahre 1931 sind zehn Jahre Arbeit der Roten Sportinternationale...

Im Gegensatz zur Luzerner Sportinternationale, die von einer reformistischen Führer gegründet wurde...

Zehn Jahre Rote Sportinternationale heißt zehn Jahre unaußwärtlicher systematischer Kampf gegen die bürgerlich-faschistischen Sportverbände...

Deshalb unterdrückt die Bourgeoisie, deshalb verbietet der Faschismus die Organisations der Roten Sportinternationale...

Zehn Jahre Rote Sportinternationale heißt zehn Jahre planmäßiger Kampf gegen den Reformismus in der Arbeitersportbewegung...

Seit 1920 ist die Luzerner Sportinternationale Schritt für Schritt näher zur Bourgeoisie der einzelnen Länder gegangen...

Wid weit in die Reihen der Mitglieder der R.S.I. hat der Ruf nach internationaler revolutionärer Einheit im Arbeitersport unter Führung der R.S.I. den breitesten Widerhall gefunden...

wie Elsaß-Lothringen und England, Ausschlässe Hunderttausender Klassenbewusster Arbeitersportler in Deutschland, Finnland...

Die Wiener Olympiade der R.S.I., die im Jahre 1931 durchgeführt wird, steht im Zeichen der Spaltung des Arbeitersports...

Millionen Arbeitersportler der ganzen Welt werden durch die unerhörten Massenausschlüsse, durch den Kampf der R.S.I. gegen die Sektionen der R.S.I. von der Teilnahme an diesen Veranstaltungen ausgeschaltet...

Internationale Spartakiade im Juli 1931 in Berlin.

Angeichts der Tatsache, daß die Bourgeoisie in den verschiedensten Ländern dazu übergeht, mit den Mitteln des Faschismus die revolutionäre Arbeiterschaft zu unterdrücken...

In jedem Lande gibt es, mit Unterstützung der revolutionären Arbeiterschaft die Vorbereitungen zu einer Massenteilnahme an der Berliner Spartakiade zu treffen.

Nieder mit den bürgerlich-faschistischen Sportverbänden! Nieder mit der Spaltunginternationale, der R.S.I. Für die internationale revolutionäre Einheit des Arbeitersports!

Breslaus revolutionäre Sportler auf dem Plan

Fichte I - Pfeil I 5:1 (2:1) Der Weissen Breslaus stand am gestrigen Sonntag im Zeichen der roten Sportbewegung...

Begier zum friedlichen Wettkampf. Beide Mannschaften zeigten ein flottes interessantes Spiel, welches die zahlreichen Zuschauer von Anfang bis Ende in Spannung hielt.

Sportgenossen, die ihr oppositionell eingestellt seid, hinein in die rote Sportbewegung! Treffpunkt bürgerlich-rotten Sportler beim roten Sportfest am 22. d. M. im „Schlachter“.

R.S.I. Rot-Weiß 1930

Bei der am 6. November stattgefundenen Gründungsversammlung wurden folgende Genossen in den Vorstand gewählt: erster Vorsitzender Gerhard Hahn, Breslau, Pöfener Straße 78...

Eiche I schlägt Adler Weißstein I 3:2 Halbzeit 2:0 für Adler

Am vergangenen Sonntag wollte „Adler“ Weißstein mit drei Mannschaften in Nieder-Salzbrunn, um im Freundschaftsspiel ihre Kräfte zu messen.

Die 2. Elf von Eiche mußte gegen Adler III eine Niederlage hinnehmen. Das Resultat ist 2:0 (1:0).

Sportgenosse Pfeil ist von nun an wieder Spielkicker, und alle schriftlichen Sachen sind an ihn zu senden!

Sportvereinigung Nordost OS G. R., Abt. Olympier Lat. Rittmoch, den 19. November (Dinstag), Abteilungsversammlung bei Bombardier, Königstraße 10.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater: Von Montag, den 17. 11. bis Freitag, den 21. 11. 20.15 Uhr. Die Matrosen von Cattaro. Von Sonnabend, den 8. 11. bis Montag, den 24. 11. 20.15 Uhr.

WAPPENHOF

Neu Montag, ab 4 Uhr sowie täglich (außer Sonnabend) Große Nachmittags-Vorstellung Programm vom 16.-30. November: Resori Herzfeld, Wiener Sourette, 2 Grigoris, Antipodenspiele, Herta Preisser, Parodistin, R. Cossotto, Musikimitator, Paul Sanders, „Zirkus Lilliput“...

Nach langjähriger lehrärztlicher Ausbildung an der Prov.-Heb.-Lehranstalt Breslau (Geb. Rat Baumm), an der Frauenabteilung d. Allerheiligenhosp. Breslau (Prof. Asch + u. Prof. Hanes) habe ich mich als Fachärztin. Frauenleiden u. Geburtshilfe in Breslau, Frankfurter Straße 5 niedergelassen.

Wander-Orktion

Donnerstag, 20. Nov. Pfandleihhaus Grundmann Trebnitzer Str. 21

Wir liefern Plakate Briefbogen Rechnungen Programme Einlaßkarten Flugblätter Werke Zeitungen Zeitschriften Rotationsdruck Massenaufgaben prompt und preiswert

PEUVAG

PK. Breslau Trebnitzer Str. 21

LIEBICH

Theater Ruf 34646 Vom 16. bis 30. November: Täglich zwei Vorstellungen, 4 und 8 Uhr „Charlie“ Kapitän Hullings

Wander-Seelöwe

4 Loros, Drill nach Noten Diamond-Girls vom Casino de Paris, Paris Zwill-Brüder Neumann Contorsionisten

DIE MANLEYS

zum 1. Male in Deutschland! Rose und Honey mit Morrison und 8 Norwegian Skating Girls auf der künstlichen Bühnen-Eisbahn

Georg Neumüller, Humorist

Waldemar Orlando Schleuderbrett-Sensation 15 Romanos 15 der größte Gladiatoren-Akt d. Welt

Eintrittspreise: Nachm. 0.40-1.50 Mk. Abends 0.50-4.00 Mk. Vorverkauf an der Theaterkasse täglich ab 10 Uhr ununterbrochen sowie b. d. bekannt. Vorverkaufstell.

M. Kricke

empfiehlt Lebensmittel aller Art Reelle Bedienung, niedr. Preise Breslau, Löschstraße 17 9 Prozent Rabatt!

Gaststätte „LIEBICHSHÖHE“

inh. A. Andersch Telefon 27233 Spezial-Ausschank der Haselbach-Brauerei

Apollo-Lichtspiele

Adalbertstr. 8 Achtung! Achtung! Montag bis Donnerstag: (Bußtag Einlaß 5 Uhr) Das gigantischste Tonfilmwerk

Westfront 1918

Vier von der Infanterie mit Fritz Kampers, Gustav Diessl Ein Werk, unerhört in seinen Ausmaßen, ein lebenswahres Drama, das jedes sehen muß Reichhaltiger bunter Filmteil

Ab Freitag: Lux, der König der Verbrecher und Kriminalkavaliere

Monistische Gemeinde E. V.

Breslau Ortsgr. des Volksbundes f. Geistesfreiheit Mittwoch, 19. Nov. 17 1/2 Uhr (Bußtag)

Vortrag

im Saale Grünstraße 14/16 Sprecher: Emil Machek Thema: Hat Bösen einen Sinn?

Nach dem Vortrag freie Aussprache Eintr. für Mitglieder geg. Ausweis 10 Pf. „ „ Gäste 30 Pf.

Beerdigungsanstalt G. Heymann

Bestattungs-Versicherung Überführung und Feuerbestattung Klosterstraße 97 - Zweiggeschäft Größschoner Straße 87 - Telefon 58747

Dr. Fritz Sternberg

spricht im Zentralhaus, Westendstraße Montag, 17. November, 20 Uhr Der deutsche Kapitalismus in der Niedergangsepoche Dienstag, 18. November, 20 Uhr Das Ende des Liberalismus und Reformismus Mittwoch, (Bußtag) 19. Nov., vorm. 10 Uhr Weltwirtschaftskrise und Fünfjahresplan Donnerstag, 20. November, 20 Uhr Die Sowjetunion im dritten Jahr der Pjatiletka

Schuhwaren

nur bei Wilhelm Vogel Scheininger Straße 12 Friedrich-Wilhelm-Straße 60 12562

Wir suchen noch

rührige Genossen in allen Orten Schlesiens, die bereit sind, die „Arbeiter-Zeitung“ zu verkaufen

Um die Anstellung zu beschleunigen, wird gebeten, evtl. eine Empfehlung der Parteileitung gleich mit einzusenden

Rund um den Erdball

Davon wird niemand satt

Die Reichsbank druckt neues Papiergeld

um der ungeheuren ausgebreiteten Banknotenfälschung zu begegnen

Der ungeheure Umfang, den die Nachahmung von Banknoten in Deutschland erreicht hat, hat die Reichsbank dazu veranlaßt, eine grundlegende Umstellung des Banknotendrucks vorzunehmen. Die Fälschungen sind so ausgezeichnet hergestellt, daß sie von den echten Stücken nicht mehr zu unterscheiden sind. Die Reichsbank glaubt, durch die Anwendung des Stahlhelms an Stelle des bisher üblichen Buchdrucks die gewaltigen Verluste infolge Notenfälschung auszusparten.

Der Umstellungsprozeß wird sich selbstverständlich sehr langsam vollziehen, da der gesamte Maschinenpark von Grund auf verändert werden muß. Kostspielige Neuanschaffungen sind notwendig, außerdem können die augenblicklich im Verkehr befindlichen Banknoten nur langsam zurückgenommen werden. Die Umstellung dürfte daher nicht vor dem Jahre 1932 beendet sein.

Die ersten Noten, die nach dem neuen Verfahren hergestellt werden, sollen bereits Anfang Januar 1931 in den Verkehr gebracht werden. Die Kosten der Umstellung sollen vorläufig 30 Millionen Mark betragen, wahrscheinlich wird diese Summe aber noch um ein Erhebliches überschritten werden.

Wie die „Weiße Hand“ kolonisiert

Die Vertreibung der albanischen Bauern durch die faschistische Regierung Jugoslawiens

In den serbischen Zeitungen kann man lesen, daß das Gebiet des Koflawflusses ein wahres Paradies sei. Wie dieses „Paradies“ aussieht, schildert ein albanischer Bauer aus dem Dorfe Zpet in Jugoslawien.

Eines Tages kam eine ganze Kompanie Gendarmen mit einem Offizier in das Dorf. Die Bauern wurden zusammengetrommelt und es wurde ihnen erklärt, daß der Boden unter den Kolonisten der faschistischen Regierung ausgeteilt würde. Am nächsten Tage brachten die Gendarmen die Kolonisten auf die Felder der Bauern von Zpet und zeigten ihnen, was jeder von ihnen bekommen hat. Es waren die Felder, die die albanischen Bauern bereits gepflügt und von Unkraut gesäubert und auf denen sie Obstbäume gepflanzt hatten. Den Bauern wurde einfach erklärt, daß ihnen dieser Boden nicht mehr gehöre.

Es kam aber noch schlimmer. Die albanischen Bauern wurden gezwungen, Häuser für die Kolonisten zu bauen. Während die Häuser errichtet wurden, quartierte man die Kolonisten bei ihnen ein, bis die Bauern aus den Häusern gejagt werden konnten. Jeder Albanier, dem man einen solchen Gast zwies, dem man auch seinen Boden gegeben hatte, wird gezwungen,

ihn und seine Familie bis zur nächsten Ernte zu verpflegen. Er muß für ihn arbeiten, ihm sein Vieh überlassen. Durch diese Methode der Gendarmen der „Weißen Hand“ wird der albanische Bauer zum Sklaven gemacht, der gezwungen ist, zu arbeiten, den Mund zu halten, seine Steuern an den Staat und an die Gemeinde zu zahlen und die Hälfte seiner Ernte den Kolonisten zu geben.

In der Polizeistation des Dorfes hatten die Kolonisten und Gendarmen regelmäßig Versammlungen ab, in denen bestimmt wird, welcher Albanier jetzt „an die Reihe kommt“. Während die ganze Familie des betreffenden Bauern an der Arbeit ist, versteht man in seinem Haus einige Patronen. Bei der nachfolgenden Haussuchung werden diese Patronen dann „gefunden“, die ganze Familie verhaftet, an Händen und Füßen gefesselt und mit Knütteln und Peitschen geschlagen. Auf dem Weg zur Polizeistation werden sie mit Steinen beworfen und beschimpft. Der Bauer wird in die Stadt gebracht und kehrt nie mehr zurück. Die Familie wird dann durch unzählige Geldstrafen zugrunde gerichtet. Wenn ein Schaf auf das Feld eines Kolonisten gerät, muß der albanische Bauer eine Strafe von 1000 Dinar (ungefähr 75 Mark) bezahlen. Wer sich gegen dieses System der Vernichtung aufbäumt, wird ins Gefängnis geworfen oder heimlich ermordet. Die faschistische Regierung Jugoslawiens, die Regierung der „Weißen Hand“, führt ihren Vernichtungsfeldzug gegen die albanischen Bauern des Landes mit den grausamsten Methoden.

Viele Bauern flüchten in die Berge, werden Katschafs. Dann wird auf Grund des Staatschuldengesetzes das Eigentum seiner Familie konfisziert und alle Familienmitglieder aus dem Lande gewiesen. Der Kolonist der „Weißen Hand“ ergreift Besitz vom letzten Hab und Gut des Katschafen, während die Familie hungernd durch das Land zieht.

Der Staatsbeamte, der Gendarm oder der „Agrardelegierte“, der die meisten albanischen Familien zugrunde richtet, wird ausgezeichnet. Das Volk ist in tiefster Verzweiflung. Aber schon mehrern sich die Zeichen, daß die albanischen Bauern immer härteren Widerstand gegen die Unterdrückung der faschistischen jugoslawischen Bourgeoisie leisten. Sie kämpfen für den Tag, an dem die albanischen Bauern zusammen mit den Arbeitern und Bauern der unterdrückten Völker Jugoslawiens das Joch der faschistischen „Weißen Hand“ abwerfen.

Noch nicht genug:

1 Kirche für 500 Menschen

Der liebe Gott wird schmunzeln, wenn er das erfährt: Auf der kleinen Insel Gotland, die 50 000 Einwohner hat, also etwa ebensoviel wie eine mittlere deutsche Kleinstadt, gibt es 100 Kirchen! Niemand braucht sich zu drängen, wenn er seine religiösen Gefühle loswerden will, es kommt jeder dran! Aber die gotländischen Gottesanbeter finden, daß eine Kirche für 500 Menschen doch eigentlich recht wenig sei, und so haben sie beschlossen, dem „unerträglichen Mangel an Kirchen“ schleunig abzuwehren. Die Pfaffen sind bei den Bauern schnorren gegangen und haben tatsächlich das Geld für den Bau einer neuen Kirche zusammengebracht, die im frühgotischen Stil (!) gebaut werden soll.

Ein Teil der gotländischen Bauern soll übrigens hundert Kopfgroße Kartoffeln auf ihren Feldern ernten...

Tankwärter verbrannt

Oppeln, 15. November. In einer Tankstelle in Oppeln brach aus noch unbekannter Ursache ein Brand aus. Der Tankwärter, der das Feuer zu löschen versuchte, wurde von einer Stichflamme, die aus einer Pumpe hervorschoß, getroffen und so schwer verletzt, daß er bald darauf starb.

Ostseefischer in schwerer Not

Misroy, 15. November. Die schweren Stürme der letzten Tage haben hier etwa 180 ausgelegte Netze vernichtet. Vor dem Verlust sind etwa 30 Fischer betroffen, die nun ihr weniges „Betriebskapital“ verloren haben.

Zwischenlandung des Flugschiffes Do X

Paris, 15. November. Das Flugschiff Do X hat seinen Flug nach Bordeaux in La Rochelle unterbrochen und ist dort vor Anker gegangen. Da schon kurz vor dem Abflug von England starker Nebel und Gegenwind die Fahrt verzögerte, konnte man nicht hoffen, Bordeaux noch vor Einbruch der Dunkelheit zu erreichen und zog es daher vor, eine Zwischenlandung vorzunehmen.



Stahlhelm auf dem Bauch vor den „Verrätern“

Eine Delegation des Stahlhelms von 30 Mann überbrachte Mussolini, dem Unterdrücker Südtirols, herzliche „Freundschaftsgrüße“ des nationalen Deutschlands. Von diesen treudeutschen Männern wurde Italien noch bis vor kurzem als das Land der „Verräter am Dreibund“ und der „Katselmacher“ beschimpft.

Die Stahlhelmer in Rom am Grabe des unbekanntem Soldaten

Sturm im Hafen von Memel

Schiffe vom Bollwerk gerissen — Schornsteine und Bäume umgelegt

Memel, 14. November. Der seit zwei Tagen tobende Weststurm an den memeländischen Küsten hat insbesondere im Remeler Hafen ungeheuren Schaden verursacht. Vor allem haben die Instandsetzungsarbeiten an den Hafenanlagen und die Zantanlagen an der Hafeneinfahrt schwer gelitten. Während des ganzen Donnerstags und auch noch am Freitag ist die Straßenbahnverbindung zwischen der Stadt und dem Strand unterbrochen. Ein großer Teil der Strecke ist durch die über die Mole hinweggehende Brandung unter Wasser gesetzt und die Chauffee durch umgestürzte Bäume gesperrt und meterhoch überschwemmt.

An der Nordermole sind die bisherigen Arbeiten vollständig zerstört und die dazu erforderlichen Rohrleitungen und Bahngleise unterspült und weggeschwemmt worden. Fast die gesamten Zantanlagen sind außer Betrieb. In der Stadt selbst sind große Scheunen zerstört und Schornsteine umgelegt. Auch der Winterhafen hat schwer gelitten. Eine große Anzahl der am Bollwerk liegenden Schiffe mußte eiligst auf Strom gehen, da auch die stärksten Trossen dem ungeheuren Druck nicht standhielten und die riesigen Teller aus dem Boden gerissen wurden.

Zugunfall in Rostock

Warnemünde, 15. November. Der D-Zug Stettin—Hamburg rief auf dem Hauptbahnhof in Rostock mit einem Güterzug zusammen. Mehrere Fensterscheiben des Schlafwagens gingen in Trümmer. Ein Reisender wurde am Kopf verletzt. Der Unfall wurde dadurch verursacht, daß der Güterzug zu nahe an der Weißen Hand und von dem vorbeifahrenden Schnellzug gestreift wurde. Der Schlafwagen sprang aus den Schienen und legte sich schief. Die Passagiere fielen aus den Betten.

Urteil im Buir-Prozeß rechtskräftig

Köln, 15. November. In dem Prozeß wegen des großen Eisenbahnunglücks bei Buir war der Lokomotivführer des Unglückszuges, Nordhaus, freigesprochen, die beiden Stationsbeamten Melleskamp und Fischer zu vier bzw. sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden, obwohl auch ihnen keine Schuld nachgewiesen werden konnte. Sowohl der Staatsanwalt wie auch die beiden Verurteilten hatten Berufung eingelegt. Da der Staatsanwalt jedoch keine neuen Beweise

mittel gegen die drei Eisenbahnbeamten vorbringen konnte, zog er seine Berufung zurück und auch die beiden verurteilten Beamten verzichteten auf eine neue Verhandlung. Das Urteil ist damit rechtskräftig geworden.

Hamburger Falchgeldzentrale aufgefliegen

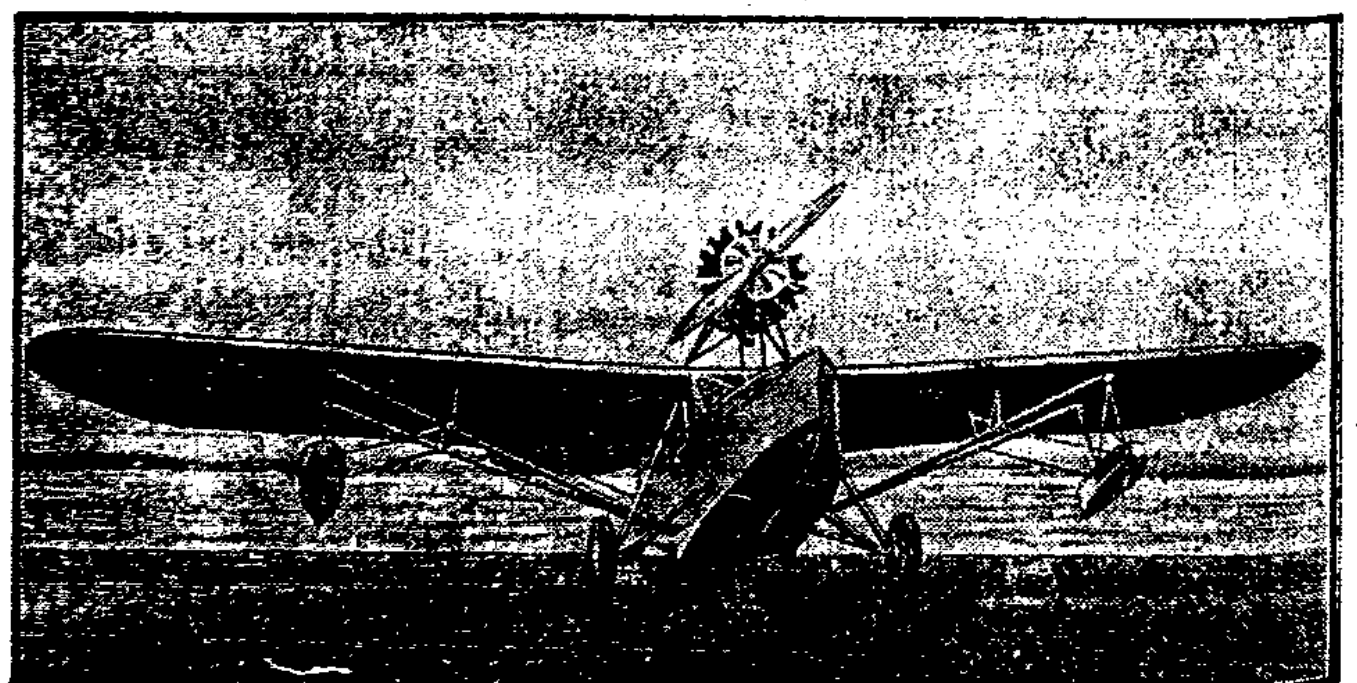
Hamburg, 15. November. Nach langwierigen Ermittlungen in Hamburg und Bremen hat die Hamburger Kriminalpolizei eine vorzüglich eingerichtete Falchmünzwerkstatt entdeckt. Von hier aus rief sie auf die Spuren einer glänzend organisierten Vertriebszentrale für die falschen Stücke, die sie ebenfalls nach wenigen Stunden ausheben konnte.

Die drei Fälscher Honig, Jakobson und Sauter hatten Herstellung und Vertrieb falscher Fünfmarkstücke im großen betrieben. Unter der Firma „Honig & Sauter“ hatten sie ganz offiziell ein Büro eingerichtet, in dem ihnen Helfer und Agenten empfingen.

Alle drei wurden bei der Ausgabe falscher Fünfmarkstücke verhaftet. Bisher ließ sich feststellen, daß am Vertrieb der falschen Fünfmarkstücke über 50 Personen beteiligt gewesen sind.

Amphibien-Flugzeug

ein Kabinenflugzeug, das durch Schwimmrumpf, Fahrgestell seitliche Stützschwimmer zum Starten und zum Landen sowohl zu Wasser wie zu Lande befähigt ist



Nun erst recht: Her mit der Winterbeihilfe!

Erwerbslose von Breslau, marschieren erneut auf, und zwar heute Montag, den 17. November, um 14.30 Uhr, zur Versammlung in den Lokalen: „Zentralballsaal“, Westendstraße; „Subertusaal“, Friedrich-Wilhelm-Straße; „Der Strom“, Uferstraße; „Akoriasäle“, Sonnenstraße 42.

Gegen Justizterror und Naziprovolation

Die am Sonnabend stattgefundene Protestkundgebung auf dem Neumarkt gegen Justizterror und Naziprovolation hatte eine starke Beteiligung aufzuweisen und war von prächtiger Kampfgelbst getragen.

Erwerbslosen-Demonstration gegen den Unterstufungsraub

Breslau, 17. November. Wir berichteten, daß auf Grund einer Verfügung der Reichsanstalt den Erwerbslosen in Breslau die Unterstützung für zwei Tage einbehalten wird.

Dr. Fritz Sternberg spricht!

Die „Marxistische Arbeitsgemeinschaft“ hat Dr. Sternberg zu einem Kursus, der im „Zentralballsaal“ vor sich geht, verpflichtet. Das Programm lautet: Montag, 17. November, 20 Uhr: „Der deutsche Kapitalismus in der Niedergangsepoche.“

Für die revolutionäre Sportbewegung!

Am Freitag voriger Woche fand die Mitgliederversammlung des V.S.B. Pfeil statt. Ein großer Teil der Mitglieder erklärte seine Solidarität mit den vom Bund ausgeschlossenen Sportgenossen.

Beamtenschaft wehrt sich

gegen Beamtenhege und einseitige Belastung — für Abbau der Preise Zu einer gemeinsamen Kundgebung hatten gestern die hiesigen Beamtenorganisationen aufgerufen. An 5000 Beamte füllten die Säle der Jahrhunderthalle.

Ein Selbstmord, wobei ein zweiter Mensch getötet wurde. Am Sonnabend, gegen 10 Uhr, wurde in dem Grundstück Fichtestraße 106 harter Gasgeruch bemerkt.

Ein 63jähriger Rentempfänger Ferdinand P. in seiner Wohnung in der Sandstraße dadurch, daß er über einen Gegenstand stolperte, hinfiel, und sich dadurch einen linksseitigen Augenriß zuzog.

Tödliche Verkehrsunfälle. Am Sonnabendnachmittag, gegen 14.15 Uhr, ereignete sich auf der Kreuzung Herder- und Dorfstraße ein

Bewaffneter Faschistenüberfall auf Arbeiterlokale in Breslau-Ost

In letzter Zeit versuchen die Faschisten durch Zusammenführen der SA. von ganz Breslau die Arbeiter vom Ohlauer Tor zu überfallen und niederzuschlagen. Am Mittwoch wurde der Arbeiter Max Kloss mit einem Schlachtmesser, welches der Gastwirt von der „Klostermühle“, Klosterstraße 120, diesen Worbhandbitten zur Verfügung stellte, niedergestochen.

Arbeiter, Wacht! Es ist höchste Zeit zu handeln. Schmiebel die rote Wochentfront gegen den Faschismus! Hinein in den Kampfbund gegen den Faschismus!

Die Provokationen der Faschisten haben unter den Arbeitern des Ohlauer Tors tiefe Empörung ausgelöst. Für heute Montag 19 Uhr hat der Kampfbund im Einvernehmen mit den sozialdemokratischen Arbeitern der Ohlauerortsteile zu einer Protestkund-

gebung der Ohlauer-Tor-Arbeiterschaft auf den Brodauer Platz aufgerufen. — Heraus zu dieser Kundgebung!

Feige Nationalsozialisten

Nazi-Brüder sagt: „Erwerbslose sind Lumpen!“ ... die wegen uns, wenn sie der Internationale anhängen, verreden und vor die Hunde gehen können.“ Diese und andere Beschimpfungen gegen die Erwerbslosen erlaubte sich Brüder in der gestrigen angeblichen Erwerbslosenversammlung der NSDAP.

Lustmörder Schiewel vor dem Schwurgericht

Der sozialdemokratische Staatsanwalt wollte die Presse ausschließen

Mu. Vor dem Schwurgericht, das diesmal wegen des Staubsauger-Prozesses im Schöffengerichtssaal 65 tagen muß, begann gestern die Verhandlung gegen den 29 Jahre alten Arbeiter Paul Schiewel, der beschuldigt ist, am 13. Januar 1928 in der Krullstraße die Prostituierte Marie Christen und am 24. Februar 1930 seine geschiedene Ehefrau ermordet zu haben.

denn auch in diesem Prozeß, der auf Grund eines äußerst wichtigen Indizienbeweises dem Bader Kohl 10 Jahre Zuchthaus eingetragen hat, und der wahrscheinlich wegen Justizirrtums noch einmal aufgerollt werden wird, fungierte Herr Goldschmidt als Vertreter der Staatsanwaltschaft.

Schiewel ist ein hagerer, etwas vornübergebeugter Mann, dessen kümperl Gesichtsausdruck von sehr geringer Intelligenz zeugt. Tatsächlich macht der Angeklagte bei seiner Vernehmung, die äußerst stoisch und schleppend vor sich geht, einen außergewöhnlich primitiven Eindruck.

schwerer Verkehrsunfall. Als ein Soliath-Dieselmotorwagen der Pommerischen Meiereien nach links in die Dorfstraße einbiegen wollte, fuhr dieser mit dem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Motorradfahrer Jungbauer aus der Döhlstraße so zusammen, daß dem Motorradfahrer eine Stange des Dieselmotors in den Hals gestoßen und hierbei die Halswirbelsäule verletzt wurde.

Die Stadtverordnetenversammlung hält am Donnerstag, dem 20. d. M., keine Sitzung ab.

Die hiesigen Warmbäder bleiben am Freitag, dem 19. November geschlossen.

Religiöse Gemeinde Breslau e. V. Ortsgruppe des „Volksbundes für Geistesfreiheit.“ Am Freitag, Mittwoch, 19. November, 17.30 Uhr, findet im Saale Grünstraße 14/16, ein öffentlicher Vor-

folge der Mißhandlungen durch ihren Mann öfters in Krankenhausbehandlung befindend hatte, und daß sie seit längerer Zeit die Scheidung betriebe, die auch am 5. Februar ausgesprochen wurde. Die Anklage nimmt nun deshalb vorläufige Lösung an, weil die Möglichkeit besteht, daß sich Schiewel der geschiedenen Frau entziehen wollte, um nicht den Unterhalt zahlen zu müssen, zu dem er verurteilt war.

und dann wäre es ja wahnhaftig, nur um einer Unterhaltsverpflichtung zu entgehen, sich lebenslanglich ins Zuchthaus sperren zu lassen.

Aber in Psychologie ist ja die Anklagebehörde nie besonders stark gewesen!

Die bis in die 4. Nachmittagsstunde während Vernehmung des Angeklagten ergab ja zwar noch kein klares Bild der Schläge; immerhin aber kann man sagen, daß allem Anschein nach eine Tötungsabsicht bei Schiewel in keinem der beiden Fälle bestanden hat, und daß er erst in der triebhaften Erregung zum tödlichen Messer griff.

Am Sonnabend wurde in der Zeugenvernehmung fortgefahren. Von besonderer Bedeutung waren die Aussagen verschiedener Mädchen, zu denen Schiewel früher Beziehungen unterhalten hat. Es ergab sich daraus, daß der Angeklagte keineswegs besonders stark sexuell veranlagt war. Mit einigen Mädchen ist er sehr lange Zeit gegangen, ohne daß es auch nur zu einem Fuß gekommen ist.

aber der Arzt hatte schon damals den Eindruck, als hätte die Frau eine gewisse Freude an diesen Verletzungen.

Die Mutter der Getöteten, die mit dem Ehepaar Schiewel die erste Zeit nach der Verheiratung in einer Stube schlief, sagte aus, daß während dieser Zeit nichts Sexuell Abnormes wahrzunehmen war.

Montag kommen die Gutachten der drei Sachverständigen und die Plädoyers. Wir kommen morgen auf das Urteil zurück.

trag mit freier Aussprache statt. Redner: Emil Maschke. Thema: „Hat Bösen einen Sinn?“ Jedermann hat Zutritt. Eintritt für Mitglieder mit Ausweis 10 Pfennig, Eintritt für Gäste 30 Pfennig. Der Vorstand.

Kampfbund gegen den Faschismus Nordost. Kameradschaftsabend fällt heute aus, dafür Dienstag, den 18. November, 20 Uhr, im alten Lokal.

Rote Hilfe West. Dienstag, 20 Uhr, im „Zentralballsaal“, öffentliche Mitgliederversammlung. Gäste willkommen.

Rote Hilfe Nord. Dienstag Mitgliederversammlung im 31bigs Gaststätte, Enderstraße 1, Ecke Matthiasstraße.

Stadtteil (West). Heute 19 Uhr im „Zentralballsaal“ Generalmitgliederversammlung der Partei.

Der Bericht von der Frauenkonferenz kann infolge Stoffmangels erst morgen veröffentlicht werden.

Verantwortlich für den hiesigen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den Provinzialteil (außer Oberhessen): Ernst Bollweger, Breslau; für Oberhessen: Fritz Brendel, Hünzburg. — Für Interzonen: Kurt Gansdorf, Breslau.

Varieté Wappenhof! Das 2. November-Programm weist wieder eine Anzahl interessanter Darbietungen auf, aus denen Paul Sanders „Birkus Billput“ besonders hervorragt.

Das Reichstheater bringt in der zweiten Novemberhälfte das Eisballett Rose und Honey mit Morrison und 8 Norwegian-Slating-Girls, die längere Zeit im Cirque-Royal in Brüssel gastierten.

Waldenburger Bergland

SPD. und Zentrum verhindern Feststellung der Ursachen der Wsdorfer Katastrophe

SPD-Franz hat volles Vertrauen zu Bergbehörde und Staatsanwaltschaft

Der Ausschuss für Handel und Gewerbe des Preussischen Landtages beschäftigte sich am 13. November mit dem Antrag der kommunistischen Landtagsfraktion auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Feststellung der Ursachen, die zu der Katastrophe von Hausdorf und Wsdorf geführt haben. Die Regierung erklärte, daß sie immer noch nicht in der Lage sei, eine Aufklärung über die Ursachen zu geben.

Für die kommunistische Fraktion wies Genosse Sobotta nochmals auf die unerhörten Widersprüche hin, die in den bis jetzt veröffentlichten Untersuchungsergebnissen der Bergbehörde zum Ausdruck kommen. Diese Widersprüche zeigen mit aller Deutlichkeit, daß die Bergbehörde sowie die Staatsanwaltschaft die Ursachen mit aller Gewalt vertuschen, aber nicht aufklären wollen.

Der Zentrumsabgeordnete Garsch und der Sozialdemokrat Franz (Oberbürgermeister von Hindenburg) erklärten, daß sie volles Vertrauen zur Bergbehörde und zur

Staatsanwaltschaft haben. Nur diese allein seien auch sach- verständig. Franz behauptete, daß ein vom Landtag eingesetzter Untersuchungsausschuss als ein **Sakrosankt** bezeichnet werden müßte, der keine Sachkenntnis hätte. Deshalb sei es besser, daß die Bergbehörde die Untersuchung weiter führe. Diese Auf- fassung der Sozialdemokraten ist eigenartig. Herr Franz spricht damit den sozialdemokratischen Bergarbeitervertretern im Preussischen Landtag das Urteilsvermögen aus, daß sie vom Bergbau nichts ver- stehen und nicht als Sachverständige betrachtet werden können. Der **Ruechtsinn** dieser Sozialdemokraten geht schon so weit, daß sie sich selbst vor den Grubenkapitalisten zum **Kotau** erniedrigen. Diese Tat- sache magste auch Genosse Sobotta gebührend fest.

Der von den Arbeitern des Wurmreviers eingesetzte prole- tariische Untersuchungsausschuss bringt immer mehr sehr schwerwiegendes Material für die Schuld der Grubenverwaltung zutage. Wir werden noch darüber berichten.

Schon wieder ein Opfer der Grube

Waldenburg, 14. November. Auf dem Hans-Geinrich-Schacht der Fuchsgrube wurde der 46jährige Hauer Wilhelm Renner aus Weiß- stein verschüttet. Die Leiche konnte geborgen werden.

Reußendorf

Sie wachen auf — leider etwas zu spät!

Unter dieser Schlagzeile bringt die „Dreiwacht“ des hiesigen „Massein“ einen Artikel, worin der obige Satz vorkommt. In Wirklichkeit aber wird erst umgekehrt ein Schuh daraus. Auf die Früchte, die die hiesige SPD. einzubringen will, hat sie gar keinen Anspruch, denn sie hat ja nicht geist. Es wird in dem Artikel behauptet, daß auf den Antrag der SPD. die Erwerbslosen nicht nach Waldenburg stempeln gehen brauchen; dabei steht fest, daß sich die SPD. um die Erwerbslosen seit Jahren nicht kümmert. Ebenso wie allgemein bekannt ist, daß die kommunistischen Schulten an Schulten mit den Parteifreunden schon seit Jahren die Erwerbslosenbewegung überhandt erlitten haben. Der Schmierfink von der „Dreiwacht“ müßte doch auch wissen, daß der Kreis-Erwerbslosenrat die Forderung, im Winterhalbjahr in den Gemeinden zu stempeln, schon lange gestellt hat. Es dürfte ihm auch nicht unbekannt sein, daß die Erwerbslosen bei ihrem aktiven Eintreten für diese Forderung am 11. September d. J. von den Freunden des Schmierfinks, den Wende-Politikern, auseinandergeknüpelt worden sind. Und dann magt es dieser „Geld“ zu behaupten, wir hätten uns der „prakti- schen Arbeit“ fern! Dieser Schmierfink mag es sich gefügt sein lassen, daß wir nach wie vor für die Erwerbslosen weiterkämpfen werden, aber wir werden diese „praktische Arbeit“ nicht leisten, um irgendeinen Posten zu bekommen wie er, sondern um durch den Kampf aller Arbeiter das Elend endlich zu beseitigen. Wir haben

im Laufe des Jahres allein vier Erwerbslosenversammlungen organi- siert. Da ganz besonders die letzte sehr gut besucht war, scheint jener Schmierfink aus Kerger darüber jenen Artikel fabriziert zu haben. Aber es ist vergebliche Liebesmühe. Die Erwerbslosen werden sich nicht mehr einfeilen lassen, sondern nach wie vor dort ihre Vertretung sehen, wo sie bisher die Wahrnehmung machen konnten, daß man sie nicht mit leeren Worten abweist, sondern durch die Tat das Interesse für die Erwerbslosen beweist.

Waldstein

Der Raubbau auf der Fuchsgrube fordert immer neue Opfer

In der Nachtschicht vom 12. zum 13. November verunglückte in der 5. Abteilung des Hans-Geinrich-Schachtes der Hauer August Mai, wohnhaft in Weißstein, Ortsteil Neu-Salzbrunn, und der Hauer Adolf Langer, wohnhaft Nieder-Hermisdorf, durch plötzliches Zubruch- gehen eines Pfeilers. Langer kam mit leichten Verletzungen davon, während Mai mit schweren Bedenquerschungen ins Knappschafst- lazarett gebracht werden mußte.

Auf der gleichen Schachtauflage verunglückte am 13. d. M. in der Frühschicht in der 4. Abteilung der Hauer Wilhelm Renner, wohnhaft Weißstein, Salzbrunner Straße 45, zu Tode. Renner war im 21. Zwischenstrebwerk beim Kohlengewinnen beschäftigt, als plötz- lich ein größeres Kohlenstück hereinbrach und Renner an einen Sten- del drückte, daß ihm sofort die Wirbelsäule gebrochen wurde.

Königszell

Zweierlei Maß

Dank der Einstellung des 6. Bezirks sowie des Bundesgenossen Konrad, Körlitz, ist es Striegau gelungen, einen Protest zu ge- winnen, welcher direkt gegen die Bundesbeschlüsse ist. Der Bezirk

entschuldigt sich durch Untertun. Und Konrad läßt die Sitzung aus- liegen, wenn die Kosten von 88,40 Mark nicht auf den Tisch gelegt werden. Also, Bundesgenossen, wer sich verhält wie es die Führer der Arbeiterbewegung wünschen, gewinnt Spiele am grünen Tisch, und Vereine, welche sich gegen ungerochte Urteile auflehnen, werden anders behandelt. Ich erinnere nur an das Spiel, das an der „Jfa“-Veranstaltung gegen Döwly ausgetragen werden sollte. Da waren Maehner, Breslau, sowie der Bezirkspartenleiter des 6. Fußballbezirks Prosch, Striegau, schnell bei der Hand, das Spiel zu verbieten. Jetzt, da ein Verein zumrecht verurteilt worden ist, rührt sich niemand. Nur weiter so, und halb werden alle Sport- genossen erkennen, wo die Spalte in Wirklichkeit liegen.

Schweidnitz

Erfolgreiche Goldsuche in Schlesiens

Auf der Spur eines früheren Grubenunglücks

In einem der gegenwärtig neu erschlossenen alten Bergwer- kstätten fand man drei Geleite. Es dürfte sich um Bergleute handeln, die bei einem früheren Gruben- und Leben gekommen sind. Man hat bisher für 1000 Mark Gold- und Silbererze entdeckt. Unter- suchungen mit der Blausäure lassen weitere günstige Resultate erwarten.

Grüßau

Verichtigung. Wir brachten vor kurzem unter der Ueberschrift „Wohnungselekt“ eine Notiz von hier. Es sollte sich um eine Wohnung im Hause Nr. 48 handeln. Wie uns nun mitgeteilt wird, hat die Nummer durch Druckfehler falsch angegeben. Es sollte nicht Nr. 48, sondern Nr. 84 heißen.

Striegau

Die Striegauer „Volkszeitung“ für Böggebel

Ein Genosse schreibt uns: In der „Striegauer Volkszeitung“ Nummer 288 verjucht ein Antentakt unter der Ueberschrift „Die rote Fahne“ die „Volkszeitung“ sich dar- über aufzuregen, daß die „rote Fahne“ die Züchtigung des Herrn Böggebel durch einen Proleten angepöngert hätte. Nach dem Anten- takt ist es also wohl eine Gemeinheit, wenn ein Prolet in berechtigter Empörung dem Böggebel ein unterhaut; wenn aber dieser Böggebel hungernde Arbeiter wie tolle Hunde niedererschlehen läßt, dann scheint das ganz in der Ordnung zu sein. Weiter schreibt der Antentakt, daß in der kommunistischen Partei Zuhältermethoden herrschen und Lumpenproletarier sich darin befinden. Daraufhin sagte ich dem Antentakt, daß allerdings in unserer Partei hungernde Proleten seien, die nicht in der Lage sind, sich einen Anzug kaufen zu können, wäh- rend in der SPD. die Bonzen und Bonzenanwärter als Lohn dafür, daß sie die Arbeiter fortgesetzt verraten, so bezahlt werden, daß sie in der Lage sind, sich ebenso aufzuküpfen wie die Angehörigen der kapi- talistischen Klasse selber. Deshalb mag er sich gefügt sein lassen, daß er trotz dieser Heße nicht inslande sein wird, irgendeinen Proleten für seine Partei zurückzugewinnen, sondern daß diese gerade durch diese Heße erst recht der kommunistischen Partei ihre Treue bewahren werden.

Landeshut

Lehrkursus der Arbeiterkamerader-Kolonie

Dienstag, den 18. November d. J., 20 Uhr, beginnt in der Jugendherberge ein neuer Lehrkursus (Erste Hilfe) Anmeldungen werden dort entgegengenommen.

Niederschlesien

Ein Brief aus Sowjetrußland entlarvt den Schwindel aller Antibolschewisten

Einem Ologauer Genossen wird von einem Ologauer Bürger ein Brief übermittelt mit dem Wunsche, den Namen nicht zu veröffentlichen.

Petrograd, den 20. Oktober 1930.

Liebe Schwester und Schwager! Heute erhielt ich Euren Brief, wofür mir Euch herzlich danke. Wie dachten schon, daß Ihr das Bild nicht erhalten habt, da Ihr so lange auf Nachricht warten lieget. Aus Euren Brief ersehe ich, daß es Euch so lieblich zum Leben geht. Nun, was uns anbelangt, so muß ich sagen, daß es uns gut geht und daß es zum Lebensunterhalt vollkommen ausreicht. Ihr schreibt, Eure Zeitungen schreiben, daß es bei uns in der Sowjetunion so schlecht wäre und wir alles auf Karlen bekämen. Nun darüber kann ich Euch aufklären, und es wäre für mich eine große Freude, wenn Ihr dies veröffentlichten würdet, damit die falschlichen Redakteure einmal das Lügenmaul gestopft bekämen. Ich will Euch eine genaue Schilderung geben, nichts verschönern und nichts verschlechtern, so wie es bei uns tatsächlich ist. Also hört:

Sämtliche Lebensmittel werden durch die Konsumverkaufsstellen verabreicht, bei normaler, gerechter Verteilung, und zwar in Kategorien. Zum Beispiel Schmecker, wie Schmiede, Forner, Gießer, Schlosser, mit einem Wort, sämtliche Arbeiter, welche in den Fabriken arbeiten, bekommen eine für den täglichen Verbrauch voll und ganz ausreichende Nahrungsmittelration, allerdings auf Karlen. Kleider, Schuhe sowie sonstige Bedarfsartikel sind durch Norm fest- gesetzt. Ihr werdet fragen: Warum? Nun, ich dachte Euch Prole- tariern würde das ganz selbstverständlich sein. Also hört:

Wir bauen den Sozialismus, wir haben den Fünfjahrplan. Wir bauen uns eine eigene Schwerindustrie. Wir schaffen Sowjetgüter. Wir schaffen Kollektivwirtschaften. Wir elek- trifizieren unser Land. Unsere Fabriken vergrößern wir.

alles das kostet Geld. Wenn wir wie vor drei bis vier Jahren den Handel in Privathänden lassen, das Land in den Händen der Kulaken (Großbauern) usw., wo bliebe unser Sozialismus, wohin kämen wir dann? Zum Kapitalismus!

Aber wir freien Arbeiter und Bauern brauchen keinen Kapitalis- mus. Wir selbst haben den Sozialismus zu verwirklichen. Unsere Lösung ist: „Den Fünfjahrplan in vier Jahren!“ Uns Ar- beitern und Bauern geht es sehr gut. Wir haben keine Not. Und die da von Hunger schreiben, sind

frühere Kapitalisten, Pfaffen, Kulaken und Kulakenschläger.

Solche Elemente brauchen wir nicht. Die soll der Teufel holen, wenn es einen gibt. Mit solchem Schwindel haben wir ein für allemal Schluss gemacht. Die Zeiten sind bei uns vorbei, wo der Fabrikbesitzer nach Willkür herrschte. Bei uns ist der Arbeiter der Herr der Fabrik. Das Wort „Herr“ paßt nicht ganz, bei uns gibt es keine Herren, sondern nur Genossen. Um unseren Fünfjahrplan zu vollenden, brauchen wir vom Ausland Maschinen und Rohstoffe. Dafür zahlen

mir mit Produkten, welche wir entbehren können, und deshalb, daß keine Spekulation mit Produkten und Bedarfsartikeln getrieben wird, ist das Kartenystem eingeführt — nicht, wie Ihr denkt, weil bei uns Hungernot herrscht. Wir arbeiten nur sieben Stunden am Tage, und jeder fünfte Tag ist ein Ruhetag. Wieviel Arbeitslose zählt man in Deutschland? Bei uns reichen die Arbeiter nicht aus!

Und nun sagt, was nügen Euch die vielen Läden, wenn Ihr keinen Pjennig in der Tasche habt, um kaufen zu können?

Ihr Proletarier hungert und friert, und der Spekulant, der Kapitalist, Großgrundbesitzer und Pfaffe friert und säuft auf Eure Kosten, und schreibt dann in der Presse über Sowjetrußland die blödesten Lügen. Seht, dieses Geschmeiß haben wir längst zum Teufel gejagt. Sagt, wann werdet Ihr endlich aus Euren Schläfen erwachen? Schickt Eure Kinder in die „Junge Garde“! Trete ein in die KPD! Steht fest wie ein Mann für den Kommunismus, dann wird es Euch besser gehen, und wir russischen Brüder werden mit Euch Hand in Hand den Sozialismus aufbauen. Hand in Hand werden wir in der ganzen Welt das alte kapitalistische System zertrümmern. Dann werden wir eine neue Welt bauen. Aber wenn Ihr in Deutschland weiter so an Gott und die Pfaffen glaubt, Eure Kinder in den Religi- önsunterricht schickt und Ihr ohne die kapitalistische Faust den Raden nicht heben könnt, dann seid Ihr ja zwar zu beklagen, aber Euch ist dann schwer zu helfen. Lernt den Kindern die „Internationale“, antippt das Kirchengeläpper. Ich wünsche mir, daß eines von Euch zu mir auf Besuch käme. Ueberzeugt Euch, wie ich als Arbeiter lebe, und ob Ihr in Deutschland auch so leben könnt. Nun, liebe Schwester und Schwager, sobald wir den Fünfjahrplan vollendet haben, dann komme ich mit meiner Frau zu Euch auf Besuch, früher unmöglich, denn erst die Arbeit, dann das Vergnügen. Gaben wir unsern Wert, den Fünfjahrplan vollendet, an dem ein jeder Klassen- bewußte Arbeiter mitzuhaben hat bis zum Schluss, so kommen wir zu Euch, und Ihr werdet eine andere Ansicht von unserem Lande bekommen. Ein Sprichwort sagt: „Lange Rede, kurzer Sinn.“ Das trifft auch für die deutschen Zeitungen zu: Viel Quatsch und nichts dahinter.

Nun zum Schluss gebe ich Euch den guten Rat: Wenn Ihr eine Zeitung lesen wollt, so bestell die „rote Fahne“ (für Ologau die „Arbeiter-Zeitung für Schlesiens und Obereschlesien“ d. S.). Das ist Eure Zeitung, und Ihr helft dadurch der KPD. zum früheren Siege.

Liegnitz

Ein schlesisches Dorf vor einer Feuersbrunst bewahrt Am Freitagmorgen in der 1. Stunde ging in Jolobsdorf die majestätische Schrone des Gutbesizers Klose, die bereits vor zwei Jahren einmal abgebrannt ist, in Flammen auf. Die Hälfte der Getreide- ernte und zahlreiche Maschinen wurden vernichtet. Nur der Motor

konnte in Sicherheit gebracht werden. Da die Scheune mit einem Wappdach versehen war, stand sie sofort über und über in Flammen. Der heftige Sturm fachte einen Riesenbrand an und bedrohte damit das Dorf. Den vereinten Bemühungen der zahlreich herbeigeeilten Feuerwehren, darunter zwei Motorpumpen aus Liegnitz, gelang es, die Nachbarschaft vor einem Uebergreifen zu bewahren. Der Besitzer ist zwar versichert, befindet sich aber in wirtschaftlicher Bedrängnis. Man vermutet Brandstiftung, zumal der Besitzer vor einiger Zeit einen ihm ungemehnen Knecht entlassen mußte.

Neusalz

Auch die Neusalzer Arbeiter werden lebendig

Am vorigen Donnerstag fand hier eine vom Erwerbslosenau- schuss einberufene gutbesuchte Erwerbslosenversammlung statt. Zunächst wurde die bei der Stadt beantragte Winterhilfe be- sprochen. Vom Kollegen Jette wurde der Briefwechsel erläutert, der aus diesem Grunde mit dem Magistrat geführt worden war. Der Kollege Jette forberte, daß zur Durchführung der beantragten Winter- hilfe sich die Kollegen geschlossen hinter den Erwerbslosenausschuss stellen müßten. Beantwortet sind für Verheiratete 20 Mark und je Kind fünf Mark. Für Ledige 15 Mark. Ferner wird die Lieferung von Kohle, Kartoffeln und Brennholz verlangt.

Dann wurde über die Erwerbslosenkongressen in Breslau beraten. Nachdem die Finanzierung festgelegt worden war, wurden als Dele- gierte die Kollegen Jette und Dreißig gewählt. Ein anwesender Naziot verjuchte gegen die Delegation Stimmung zu machen. Er erhielt aber eine entsprechende Abjühr. Die Polizei scheint der Auf- fassung zu sein, ähnlich wie in anderen Jahren auch hier den Summi- knüppel zur Linderung der Not in Anwendung zu bringen. Wir wollen dem Polizeikommissar Urndt nur sagen, daß er seine Provokationen unterlassen soll. Die Erwerbslosen werden darauf nicht hereinfallen.

Es gilt nun dafür Sorge zu tragen, daß sich die Erwerbslosen noch fester als bisher zusammenschließen, um unter Führung der revo- lutionären Gewerkschaftsopposition den Kampf gegen die Verelendung mit Erfolg führen zu können.

Zustizterror auch in Neusalz! Am 4. Dezember soll sich in Grün- berg ein Genosse von hier vor den Klassenrichtern verteidigen, weil er angeblich das Republikfluchtgesetz verlegt haben soll. Auf welcher Weise er das getan hat, weiß er selber nicht. Aber darauf kommt es ja auch gar nicht an, die Hauptsache ist ja bei der Justiz, daß ein Arbeiter eventuell wieder ins Gefängnis gebracht wird. Deshalb ist es notwendig, daß alle Arbeiter, die noch nicht der Roten Hilfe an- gehören, sich dieser Solidaritätsorganisation für alle proletarischen Opfer der Klassenjustiz anschließen.

Aus der Partei

Wegen organisationschädigenden Verhaltens sind die ehemaligen Genossen Hartmann, Peisterwitz, Beltner, Neusalz, Kurt Biegel, Weißstein, aus der Partei ausgeschlossen worden. B. S. Köpfer der KPD, Sekretariat.

K.P. Frankreichs fordert Aufhebung der Young-Einsten

Kampfanfrage an die internationalen Kriegstreiber

Paris, 15. November. Die außenpolitische Debatte in Frankreich endete mit einem Vertrauensvotum (323 gegen 270 Stimmen) für das Rechtskabinett Lardieu-Briand. Die Rede des Ministerpräsidenten Lardieu spiegelt die neue chauvinistische Welle wieder, die von der Regierung zur Bemäntelung ihrer hemmungslosen Aufrüstung entfacht worden ist. Briand, der als Vater des mißglückten Paneuropä-Projektes beinahe von dieser nationalistischen Sturmflut hinweggespült worden wäre, sagte in seiner Rede auch seine Sprache dem aggressiveren Kurs an und überzeugte die Scheinopposition davon, daß er an Stelle von heuchlerischen Friedensstrenen wieder Säbelraseln gegenüber Deutschland, und vor allem gegenüber der Sowjetunion ertönen lassen kann.

Die Sache des internationalen Proletariats vertrat Genosse Jacques Doriot in einer längeren Rede, die sich hauptsächlich mit dem Young-Plan beschäftigte und ein glühendes Bekenntnis zur internationalen proletarischen Solidarität, insbesondere mit der durch den Young-Plan gezeichneten deutschen Arbeiterklasse war.

Rede des Genossen Doriot

Als Einleitung seiner eindrucksvollen Rede verwies Genosse Doriot darauf, daß sich seit 1919 die kommunistische Partei gegen die Verträge, die sich aus dem letzten Kriege ergeben haben, gewendet hat. „Wir haben die „Friedens“-Verträge als Werkzeuge der imperialistischen Politik gebrandmarkt, die, anstatt zum versprochenen Frieden zu führen und die Wirtschaftslage zu verbessern, die Kriegsgesahren und die wirtschaftlichen Widersprüche des Regimes unvermeidlich verstärken würden.“

Darauf ging Genosse Doriot zu einer schonungslosen Kritik der gesamten imperialistischen Politik der Nachkriegszeit über; all das, was wir an ihr angeprangert haben, hätte sich in den elf Jahren durch die Tatsachen voll und ganz bestätigt.

„Von dem ganzen System von Versailles verbleiben nunmehr die verkehrten Räder der proletarischen Massen und die steigenden Kriegsgesahren.“

Genosse Doriot wandte sich darauf einer eingehenden Analyse des Versaillesplanes zu. Deutschland müsse in jedem Jahre mehr als 21 Milliarden Franken zahlen. „Man hat einfach zwei Dinge vergessen, nämlich, daß unter dem kapitalistischen Regime die Instabilität und die Wirtschaftskrisen Gesetz sind, und dann, daß der Youngplan durch das Spiel seiner Kräfte selbst die Wirtschaftskrise noch mehr verstärken, den Wirrwarr in ungeheuren Ausmaßen vermehren würde.“ Um für seine Schulden aufzukommen, müsse Deutschland heute seine Ausfuhr um etwa 30 Milliarden Franken steigern. Dieses Gewaltstück sei nicht leicht durchzuführen und rolle bei der gegenwärtigen Lage des Weltmarktes ungeheure Probleme auf. „Die Drohung der Massenausfuhr aus Deutschland macht sich bereits in der Metallurgie und in der Textilindustrie in Frankreich fühlbar, und ihre erste Folge ist die Arbeitslosigkeit des französischen Proletariats.“

In Deutschland seien die Auswirkungen gegenwärtig noch ernster. Sie machen sich gleichfalls durch eine Belastung des Proletariats geltend.

„In Wirklichkeit sind die Arbeitermassen in Deutschland am Existenz- und in einer elenden Lage. Und während 62 Jahren die werktätigen Massen Deutschlands einen derartigen Tribut zahlen zu lassen, ist eine Utopie, die durch die Plagen, die sie entseßt, durch die Nöte, die sie hervorruft, an ein Verbrechen grenzt!“

Die deutsche Bourgeoisie habe es verstanden, sich aus der Schlinge zu ziehen. Die Industriellen hätten die Erziehung des Dawes-Plans durch den Young-Plan dazu ausgenutzt, sich von einem Tribut von 300 Millionen Mark pro Jahr, den sie als Zinsen für die Industriebankguthaben des Dawes-Plans zahlten, freizumachen. Genosse Doriot zeigte dann auf, daß alle Kapitalisten sich über den einzuschlagenden Weg einig seien. „Dieser Weg ist der Angriff auf die Arbeitenden.“ Während man offiziell zugäbe, daß die Arbeiterklasse schon in diesem Jahre 25 Prozent ihrer Löhne verloren habe, sähe man voraus, daß dieser Rückgang 60 Prozent erreichen wird. Die Gewerkschaftsblätter rechnen etwa 4 Millionen Arbeits-

lose aus. Die drei letzten Regierungen Deutschlands, von Hermann Müller bis Brüning, hätten ihre Angriffe auf die Sozialgesetzgebung gerichtet! „Es haben sich also alle Perspektiven der Bourgeoisie in dieser Richtung voll und ganz verwirklicht.“

Es ist die Arbeiterklasse Deutschlands, die alle Kosten der Reparationen trägt.“

Diese Tatsache bilde eine sehr fest umrissene Gefahr für das französische Proletariat. Die Zeitungen der Unternehmer und der Finanzleute in Frankreich predigen bereits die Notwendigkeit, die Löhne herabzusetzen, um mit der Konkurrenz fertig zu werden. Und die Unternehmer versuchen, diese proletarierfeindliche Politik durchzuführen.

Im letzten Teile seiner Rede befaßte sich Genosse Doriot, den Unterbrechungen, besonders durch die Sozialisten, zum Troste, damit, die Stellungnahme der kommunistischen Partei gegenüber allen Aus- und Kriegsverträgen darzulegen. „Ihr seid über die Wahlen in Deutschland erstaunt. Was uns erstaunt ist, daß die Geduld der werktätigen Massen Deutschlands so groß ist. Die werktätigen Massen Deutschlands haben für den Krieg ebensowenig Verantwortung wie die werktätigen Massen Frankreichs. Sie haben also recht, wenn sie seine Kosten nicht weiter tragen wollen!“

Genosse Doriot begründete darauf die vierhundert Millionen Proletarier, die für die K.P.D. gestimmt haben. Er begründete die revolutionäre Gewerkschaftsopposition.

Genosse Doriot verwies dann auf die klaren Aussagen der kommunistischen Partei Frankreichs:

„Im Namen der Werktätigen Frankreichs fordern wir:

1. die sofortige Einstellung der Eintreibung des unter dem Titel des Young-Plans gezahlten Tributs;
2. die sofortige Einstellung der Zahlungen der Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten und an England;

3. die allgemeine Streichung aller Kriegsschulden. Die Werktätigen Frankreichs wollen nicht, daß man die Arbeiterklasse Deutschlands und jene der anderen besiegten Länder länger aushungere, um die Forderungen unserer Imperialisten zu erfüllen. Ihre Pflicht zu internationaler Solidarität erhelft dies!“

In diesem Augenblicke unterbrach der Sozialpatriot Grumbach Genossen Doriot mit der Frage, ob er mit der gesamten Kampagne der kommunistischen Partei Deutschlands solidarisch sei. Genosse Doriot antwortete sofort und wuchtig:

„Von dieser Tribüne erklären wir, daß wir uns mit allen Erklärungen der kommunistischen Partei Deutschlands über die Annullierung des Vertrages von Versailles und des Young-Plans solidarisieren.“

Unter dem starken Beifall der kommunistischen Fraktion schloß Genosse Doriot mit dem Hinweis auf die großen revolutionären Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg:

„Wie sie es vorausgesehen hatten, führt dieser Friede schnell zum Kriege. Darum kämpfen die französischen Kommunisten gleich den deutschen Kommunisten um die imperialistischen Verträge und das Regime, das sie hervorgerufen, zu vernichten. Und sie wissen, daß sie dazu nur dann gelangen werden, wenn sie den Aufforderungen Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Lenins folgen werden, um die Diktatur des Proletariats aufzurichten.“

Generalstreik in Madrid?

Vier Arbeiter bei Straßenkämpfen gemordet — Bauarbeiter fordern Absetzung des Polizeichefs

Madrid, 15. November. In der Hauptstadt Madrid, die durch den Generalstreik der Metallarbeiter bereits von der Welle revolutionärer Streiks in Spanien erfaßt wurde, ist es gestern zu außerordentlich schweren Zusammenstößen und Straßenkämpfen gekommen.

An der Beerdigung von vier durch Einsturz eines Neubaus infolge wahnwitziger Antreiberei ums Leben gekommenen Bauarbeiter beteiligten sich etwa 60 000 Arbeiter. Die Polizei hatte provokatorisch in allen Straßen Aufstellung genommen. Als die Polizei der Demonstration den Weg über die Puerta del Sol, den Zentralplatz von Madrid, verbot und durch Beritene die Spitze des Leichenzuges ausinandertreiben ließ, prasselte ein Steinhagel auf sie nieder. Die Polizeibereitschaften trauten in allen Straßen darauflos. Die maßlos erbitterte Arbeiterklasse stürzte Autos und Fuhrwerke um, um die Polizeibestien auszuhalten. Insgesamt wurden vier Arbeiter getötet, über 60 verwundet, darunter verschiedene lebensgefährlich. Auf Seiten der Polizei wurden zwei Hauptleute, ein Unteroffizier und acht Polizisten schwer verletzt.

In Ansprachen auf dem Friedhof forderten die Arbeiter von den sozialistischen Gewerkschaften die Proklamierung des Generalstreiks für Madrid. Die Bauarbeitergewerkschaft hat bereits am Sonnabend den politischen Proteststreik beschlossen. Sie fordert die sofortige Absetzung des Polizeichefs, Freilassung der Hunderte von Verhafteten und staatliche Pension für die Hinterbliebenen sowie Entschädigung für die Verletzten.

Eine große Antifaschistenkonferenz fand in Dänemark statt. 13 000 Arbeiter waren durch Organisationen wie die große Ortsgruppe der Arbeiterinnengewerkschaft, den Verband der Helfer zur See, den Schiffswerkstarbeiter-Verband Kopenhagen, die Bildungsorganisation der Arbeiterinnen, die Rote Hilfe usw. vertreten.

Ein Freispruch Deutschlands erfolgte in den zwei großen, seit mehreren Jahren vor einem amerikanisch-deutschen Schiedsgericht schwebenden Verfahren wegen angeblicher deutscher Sabotageakte während des Weltkrieges in Amerika.



(Copyright) des Internationalen Arbeiter-Vereins, Genéve.

41. Fortsetzung.

Frau Kreuzat warf ihm einen mißbilligenden Blick zu. „Auch dich hat es angefaßt!“ sagte sie. „Wenn der Junge nur nicht auf dich hören möchte!“ Auf der Straße rappelte ein schweres Gefährt. „Na, was ist denn jetzt los?“ schrie die Kaufmannsweib, die zum Fenster gelaufen war. „Herr-du-meine-Gütle! — Eine Kanone!“ Martin, der sich über den Vorwurf seiner Frau ärgerte und nach einer Antwort suchte, stapfte, so schnell er konnte, nach dem Fenster hin. Wirklich, ein Geschütz fuhr schwerfällig vorbei. Nur ein Pferd war vorgespannt. Auf dem Prokoffen und auf dem langen Kanonenzrohr saßen ein halbes Duzend Spartakisten. Eber stimmten sie ein Lied an, das Martin Kreuzat oft von vorbeimarschierenden Abteilungen gehört hatte. Er summete den Refrain nach: „Dem Karl Liebknecht haben wir's gesungen, der Rosa Luxemburg reichen wir die Hand!“

25.

Wie überall, so bildete sich auch in Stoppenberg ein Vollzugsrat. Mahler wurde zum Vorsitzenden gewählt. Sofort am Nachmittag begann die erste, recht heiße Redeschlacht. Die US-Peter und ein paar Mehrheitsler lagen sich fortwährend in den Haaren und gerieten bald förmlich aneinander. In diese Wirrwarr spudte noch Trauten hinein.

„Genossen“, sagte er, „trotzdem ich nie ein Freund solcher Räte war, so bin ich doch bereit, an der Herbeiführung geordneter Zustände mitzuarbeiten.“ Als er mächtig ausatmete

wurde, brauste er auf: „Ihr könnt doch unmöglich verlangen, daß wir uns damit einverstanden erklären, daß solche halbwüchsige Burschen, wie ich sie heute früh gesehen habe, mit Gewehren spielen und die Einwohner belästigen!“

„Der Jakob schafft schon wieder Ruhe und Ordnung!“ pläzte ein Kumpel los, und das Durcheinander war wieder da. „Ahtler pendelte mit der Schelle und hämmerte mit der Faust auf den Tisch: „Ruhe!“

Trauten schnaubte vor Wut. „Ihr wollt was schaffen? Scheißdreck schafft ihr! — Keine Spur von Demokratie! Warum laßt ihr mich nicht ausreden?“

„Na quatsch doch, Köbes!“ grinste Kentel, „soh doch mal aus! Wat du verzapfst, ist doch nur blöder Zimmit!“ „Anjinn“, schimpfte Schenke, „die Zeit wird nur verträdel!“ Entweder wird hier Remedur geschafft oder euch holt alle der Teufel!“

Trauten wollte seinen Willen durchsetzen und zappelte nun von einem Stuhl, den er erstiegen hatte, herunter: „Tu hört doch, verdammdich, ich habe Erfahrung, sag ich, stellt euch doch vernünftiger an, Genossen!“

„Hebt ihn mal runter!“ rief Karl Wododny, „erst hat er die Nacht durchgepennt, jetzt will er uns Ratsschläge erteilen!“

Trauten sah vergebens nach Mahler hin. „Seit Neunundachtzig bin ich in der Bewegung, das ist mir aber noch nicht passiert —“ jappte er schwichtig und stieg vom Stuhl.

„Dann hast du dich aber schlecht bewegt, Köbes“, grinste Kentel.

Ein anderer Sprecher hatte das Wort. „Genossen, wir schwägen hier herum, und die Kumpels denken sich das ihre dabei! Entschließen wir uns, entweder sind wir Vollzugsrat oder wir sind keiner! Draußen ist der Kampf noch im Gange, die Abgekämpften brauchen Nachschub! Laßt uns also an die praktische Arbeit gehen!“ Beifall.

Ein weiterer Sprecher sprach für Arbeitsaufnahme. „Kumpels, damit die Weiber und die Blagen wat zu essen haben! Wir lassen alle, die kein Gewehr tragen, ansfahren!“

„Sehr richtig!“ rief Trauten aus einer Ecke, in die man ihn gedrängt hatte. „Endlich ein Vernünftiger! Genossen, ich schlage euch noch vor —“

„Laß dat, Köbes“, warnte Kentel, „die hauen dich noch in die Flucht, wenn du sabbelst. Hol dir lieber eine Knarre, dann kannst mitreden, dat is heute der beste Ausweis für solche Debatten!“

Man beachtete Trautens Juruse immer weniger. Ein und wieder flog ihm eine spöttische Bemerkung zu. „Ach“, sagte er zu guter Letzt, „ich geh“, das gibt hier doch nichts!“

„Geh“, Köbes, leg' dich wieder auf den Strohhalm!“ pflichtete ihm Kentel bei. Da aber fuhr Trauten wild auf. „Laß das, seit Neunundachtzig bin ich organisiert. Versteht du?“

„Dann tut es mir leid, wenn du noch nichts zugerlernt hast!“ erwiderte Kentel. Diesmal grinste er nicht mehr. Das breite Gesicht wurde hart: „Wir haben uns nicht vierundzwanzig Stunden auf Leben und Tod rumgeschlagen, um nun durch deine Schwägerlei wieder alles aufzugeben! Entweder du schnappst dir eine Knarre und machst mit, oder geh' dahin, wo der Pfeffer wächst! Deinen Rat brauchen wir nicht!“

Das war deutlich. Trauten verzog sein Gesicht, als ob er Wermut getrunken hätte und ging. „Mensch, bleib' davon“, sagte er zu einem Arbeiter draußen, der hinein wollte, „da gibts nichts! Wenn du drinne was sagst, wirke noch bedrohlich!“

Mahler hatte endlich einigermaßen Ordnung in die Versammlung gebracht, da kam Zupp Jermad herein. „So — Zupp! Wat gibts denn?“ empfingen ihn die Kumpels.

„Los, ein Maschinengewehr und raus nach dem Wasserturm!“ rief der Ankomme außer Atem. „Was macht ihr denn hier?“

„Vollzugsratsführung“, erklärte Mahler mit schiefem Gesicht. Er sah mit dem zerfallenen Augen ganz entsetzt aus.

„Los, raus!“ drängte Jermad. „Für Sitzungen haben wir später Zeit! Im Wasserturm sitzen sie doch drin! Eine Masse Toter und Verwundeter haben wir dort schon!“

Schenke machte ein entrüstetes Gesicht: „Hab' ich's euch nicht gesagt?“ Ein Teil der Jüngerer, die nur zum Zuhören da waren, nahmen ihre Gewehre und gingen hinaus. Auch Franz Kreuzat, der mit anwesend war.

„Franz, übernehme du die Verstärkung!“ sagte Jermad. „Hol' euch ein M.G. von der Wache, und im Tempo nach der Steeler Straße hin!“

Während der Vorbereitungen kam auch Fritz Raup an. „Wo willst du hin?“ fragte er den Franz. „Nach dem Wasserturm“, gab der zur Antwort und half das Maschinengewehr auf ein requiriertes Auto schaffen. Der Chauffeur protestierte und weigerte sich mit allerhand Entschuldigungen, die Mannschaft hinaufzuführen. Raup wurde es endlich leid. „Wenn du nicht läßt, wird dir das Auto abgenommen, und du kommst in den Keller, mein Junge! Also, hopp und heidi, ab!“

(Fortsetzung folgt)

